



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

37. Jahrgang · Heft 3

März 1985

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1985
Aufsätze: Auszubildende 1983
Gemeindeanteil Einkommensteuer

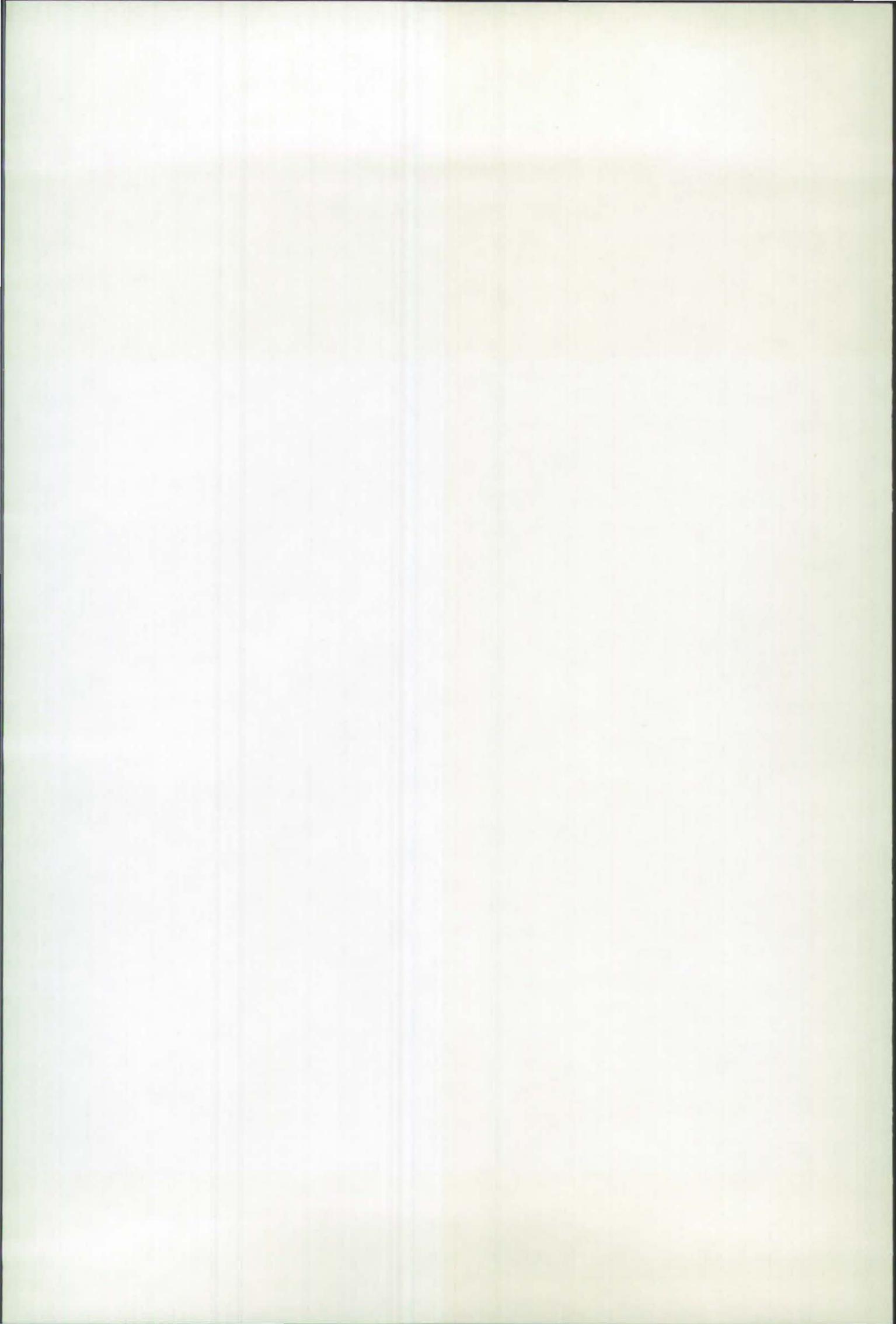
Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN



INHALT 3/1985

	Seite
Aktuelle Auslese	37
Aufsätze	
Auszubildende 1983	38
Einkommensteuerbeteiligung der Gemeinden ab 1985	43
Grafik des Monats	46
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven A (allgemein)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Information; Probleme und Leistungen;
Hrsg.: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg,
Stuttgart 1984; 204 Seiten, 34 DM.

Dieser Band ist Prof. Dr. Klaus Szameitat aus Anlaß seines 70. Geburtstages gewidmet. Er enthält Beiträge über Fragestellungen der Aufgaben amtlicher Statistik mit Bezug auch auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Volkszählungsgesetz 1983, über statistische Methodik und über die speziellen Themenbereiche der Bevölkerungs- und Bildungsstatistik, der Statistik des Erwerbslebens, der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Input-Output-Analyse.

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg, Postfach 898, 7000 Stuttgart 1, erteilt auf Anfrage weitere Auskünfte und nimmt Bestellungen an.

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1984

Studienabsichten 1984
Baugenehmigungen Wohnbau
Fremdenverkehr vor der Saison
Einzelhandel im 1. Halbjahr 1984

Heft 11/1984

Umweltstatistiken in der Viehhaltung
Studenten im SS 1984

Heft 12/1984

Revision der VGR
100 Jahre Raiffeisen

Heft 1/1985

Preisindizes der Lebenshaltung seit 1970
Investitionen 1982

Heft 2/1985

Außenhandel
Öffentliche Abfallbeseitigung 1982



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

37. Jahrgang

Heft 3

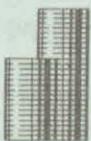
März 1985

Aktuelle Auslese



Energiewirtschaft bringt hohe Wachstumsrate

Nach ersten vorläufigen Berechnungen ist das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins 1984 real, d. h. in Preisen von 1976 gemessen, um 5,5 % gestiegen. In jeweiligen Preisen betrug der Wertzuwachs an den im Lande produzierten Gütern und Diensten 6,9%. Diese Veränderungsrate liegt weit über dem Bundesdurchschnitt, der 2,6 % als reale und 4,6 % als nominale Zuwachsrate aufweist. Allerdings wurden etwa zwei Drittel des Zuwachses von der Energiewirtschaft erbracht, was wiederum darauf zurückzuführen ist, daß Ende 1983 das AKW Krümmel ans Netz ging und daß es auch beim AKW Brunsbüttel im Gegensatz zu 1983 kaum Produktionsausfälle gab. Ohne Energiewirtschaft gerechnet bliebe ein reales Wachstum, das um etwa einen Prozentpunkt unter dem Bundesniveau läge. Weitere Wachstumsträger im Lande waren die chemische Industrie und das Druckereigewerbe. Deutlich negativ dagegen, und zwar noch schlechter als im Bundesdurchschnitt, verlief die Entwicklung im Bauhauptgewerbe.



Insolvenzen erreichen 1984 Rekordhöhe

Der leichte Rückgang der Insolvenzen im Jahre 1983 hat sich 1984 nicht nur nicht fortgesetzt, sondern ist in das krasse Gegenteil umgeschlagen. Die schleswig-holsteinischen Amtsgerichte melden für 1984 eine neue Höchstzahl. Bei ihnen wurden 765 Konkurse und Vergleichsverfahren beantragt und damit mehr als jemals zuvor seit der Währungsreform. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen dürfte im Bundesgebiet eine ähnliche Entwicklung aufgetreten sein. Der Zuwachs ist aber in Schleswig-Holstein höher als im Bundesdurchschnitt.

Von den 763 beantragten Konkursen wurden 580 mangels Masse abgelehnt, weil das vorhandene Kapital nicht einmal zur Deckung der Verfahrenskosten reichte. Das sind 76 % aller Konkurse, während es 1983 fast 79 % gewesen sind. Auch die angemeldeten Forderungen sind im Durchschnitt nicht mehr so hoch wie 1983.



Hochschulprüfungen im Wintersemester 1983/84

Im Wintersemester 1983/84 stellten sich 1 869 Studenten einer Abschlußprüfung, sechs Prozent mehr als im Vorjahr. 1 737 Kandidaten (93 %) erfüllten die Examensanforderungen. Von ihnen bestanden 504 die Abschlußprüfung an einer Fachhochschule. 370 Kandidaten absolvierten das erste Staatsexamen für die Lehreraufbahn, davon 130 für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen, 105 für Realschulen, 104 für Gymnasien und 31 für Sonderschulen. Außerdem wurden zwei Prüfungen zum Diplom-Handelslehrer erfolgreich abgelegt. Das Staatsexamen in anderen Studienfächern (Medizin, Zahnmedizin, Rechtswissenschaften und Pharmazie) legten 333 Studenten erfolgreich ab.



Krankenhauspatienten – weshalb und wie lang?

1983 sind schätzungsweise 300 000 Patienten in den Akut-Krankenhäusern des Landes behandelt worden. Etwa 6 % von ihnen sind im Krankenhaus einmal oder mehrfach verlegt worden (z. B. zwischen chirurgischer Abteilung und Intensivpflegestation). Für die übrigen 94 % läßt sich die Verweildauer im Krankenhaus angeben: Nahezu die Hälfte (46%) blieb bis zu 8 Tagen, länger als drei Wochen mußten 17 % der Patienten verweilen.

Der häufigste Grund für einen Krankenhausaufenthalt war die komplikationslose Entbindung mit 5,2 % oder 15 800 Fällen. Es folgt die Hypertrophie der Rachenmandeln mit 3,5 %. Zwischen 2 und 3 % lagen die Hirngefäßkrankheiten (z. B. Schlaganfall), die Gehirnerschütterung, der akute Herzinfarkt und die Blinddarmentzündung, zwischen 1,5 und 2 % die Zuckerkrankheit, die Herzinsuffizienz, der Brustkrebs, die Herzrhythmusstörungen und die Gallensteinleiden.

Die angegebenen Absolutzahlen stellen eine Hochschätzung für Schleswig-Holstein dar, fußend auf der freiwilligen Krankenhauspatientenstatistik, zu der 1983 32 Krankenhäuser mit 64,5 % aller Betten für Akut-Kranke beigetragen haben.

Auszubildende 1983

Bei der schon seit längerer Zeit angespannten Arbeitsmarktlage kommt der Berufsbildungsstatistik eine besondere Bedeutung zu, weil sie besonders für Schulabgänger einen Überblick über die rund 450 staatlich anerkannten Ausbildungsberufe mit deren jeweiliger Zahl der Auszubildenden gibt. Neben den Angaben über die Auszubildenden am Jahresende sollten auch die Informationen über die abgelegten Abschlußprüfungen von Interesse sein. Rechtsgrundlage dieser Bundesstatistik ist das Berufsbildungsförderungsgesetz vom 23. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1692). Auskunftsspflichtig sind nach § 5 Absatz 2 dieses Gesetzes die nach dem Berufsbildungsgesetz zuständigen Stellen (in der Regel Kammern).

Die früher als „Lehrlinge“ bezeichneten Auszubildenden sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Ihre Ausbildung erfolgt durch das unmittelbare Lernen am Arbeitsplatz oder in den betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten in Verbindung mit dem gleichzeitigen Besuch einer Berufsschule mit Teilzeitunterricht. Dieses Zusammenspiel der beiden voneinander unabhängigen Ausbildungsträger Betrieb und Berufsschule ist unter dem Begriff „duales System“ bekannt. Der sachliche und zeitliche Rahmen der Ausbildung ist in der Ausbildungsordnung des jeweiligen Lehrberufes festgelegt. Nicht zu den Auszubildenden im Sinne des Berufsbildungsgesetzes zählen alle Personen, die ihre Berufsausbildung ausschließlich an berufsbildenden Schulen erhalten (z. B. Schüler an Berufsfachschulen und Schulen des Gesundheitswesens) oder die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis ausgebildet werden (z. B. Beamte im Vorbereitungsdienst). Ebenfalls nicht erfaßt werden Praktikanten, Volontäre und Umschüler.

In der Berufsbildungsstatistik gibt es sieben Ausbildungsbereiche:

Industrie und Handel (einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe)

Handwerk

Landwirtschaft

Öffentlicher Dienst

Freie Berufe

Hauswirtschaft (städtischer Bereich)

Seeschifffahrt.

Diese Gliederung deckt sich nicht voll mit der Wirtschaftsgliederung nach der Systematik der Wirtschaftszweige, da sich nach dem Berufsbildungsgesetz die Zuständigkeit für die Berufsausbildung vielfach nach der Art des Ausbildungsberufs und nicht nach der Zugehörigkeit des Ausbildungsbetriebs zu einem bestimmten Wirtschaftsbereich richtet. Dies führt insbesondere im öffentlichen Dienst dazu, daß die nachgewiesene Zahl der Auszubildenden nicht der tatsächlichen Ausbildungskapazität dieses Bereichs entspricht. Alle Auszubildenden, die vom öffentlichen Dienst für Berufe der gewerblichen Wirtschaft ausgebildet werden, sind in der Berufsbildungsstatistik dem Bereich Industrie und Handel oder Handwerk zugeordnet, weil sie in den Verzeichnissen der Ausbildungsverhältnisse der Industrie- und Handelskammern oder der Handwerkskammern geführt werden. Ein gesonderter Nachweis dieser Auszubildenden ist bislang nicht möglich. Im Ausbildungsbereich „Öffentlicher Dienst“ werden also nur jene Auszubildenden nachgewiesen, die nach dessen speziellen Ausbildungsordnungen ausgebildet werden. Auszubildende für die ländliche Hauswirtschaft werden im Bereich „Landwirtschaft“ nachgewiesen.

Andauernder Anstieg der Zahl der Auszubildenden

Ende 1983 gab es in Schleswig-Holstein 78 100 Auszubildende. Damit erhöhte sich die Zahl der Auszubildenden gegenüber Ende 1982 nochmals um 3,6%, was besonders bemerkenswert ist, weil sich dieser Anstieg von Jahr zu Jahr bereits seit 9 Jahren vollzieht. Seit Ende 1978, also in den letzten 5 Jahren, stieg die Zahl der Auszubildenden immerhin noch von rund 64 000 um 14 000 oder 22 %. Und vor allem die neue Höchstzahl konnte nur deswegen erreicht werden, weil Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verstärkte Anstrengungen unternahmen, um möglichst für jeden ausbildungswilligen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz bereitzustellen.

Die hohe Zahl der Auszubildenden Ende 1983 ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen. Insbesondere ist hier auf das Vorrücken von Jugendlichen aus geburtenstarken Jahrgängen ins Ausbildungsalter zu verweisen. So stieg die für die Gesamtzahl der Auszubildenden relevante Altersgruppe der 16- bis 19jährigen in den letzten 5 Jahren bis Ende 1983 von rund 161 000 um 28 000 oder 17 % auf rund 189 000. Die entsprechende Zunahme bei den Auszubildenden

Auszubildende 1978 bis 1983 nach Ausbildungsbereichen

Jahresende	Auszubildende		Davon im Ausbildungsbereich						
	insgesamt	darunter weiblich	Industrie u. Handel ¹	Handwerk	Landwirtschaft	öffentlicher Dienst	freie Berufe	Hauswirtschaft	Seeschifffahrt
1978	64 037	24 858	24 824	27 854	3 070	2 314	5 696	62	217
1979	69 545	27 399	27 089	30 547	3 373	2 322	5 985	69	160
1980	72 790	28 863	28 752	31 621	3 590	2 296	6 305	67	159
1981	74 190	29 640	29 284	31 838	3 716	2 472	6 578	126	176
1982	75 420	30 607	29 738	32 300	3 619	2 643	6 770	167	183
1983	78 100	31 700	31 949	32 639	3 982	2 952	6 202	206	170
1978 ÷ 100	122,0	127,5	128,7	117,2	129,7	127,6	108,9	332,3	78,3
1982 ÷ 100	103,6	103,6	107,4	101,0	110,0	111,7	91,6	123,4	92,9

1) einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe

lag also noch um 5 Punkte höher. Das bedeutet, daß die Jugendlichen verstärkt in die betriebliche Ausbildung drängen. Besondere Akzente werden hierbei durch das weibliche Geschlecht gesetzt, denn die Zahl der weiblichen Auszubildenden erhöhte sich von Ende 1978 bis Ende 1983 um 28%, die der männlichen dagegen nur um 18%. Damit hat sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden in diesem Zeitraum

von 39% auf 41% erhöht. Aber nicht nur die Schulentlassenen aus Haupt- und Realschulen drängen verstärkt in die betriebliche Ausbildung, sondern heute auch die Abiturienten, die immer häufiger auf ein Studium verzichten oder dieses erst nach einer abgeschlossenen Berufsausbildung beginnen wollen. Besonders ausgeprägt ist diese rückläufige Entwicklung der Studienneigung bei den Abiturientinnen.

Auszubildende Ende 1983

Ausbildungsbereich	Auszubildende		Davon im ... Ausbildungsjahr				1983 neu abgeschlossene Ausbildungsverhältnisse % von Spalte 1
	insgesamt	darunter weiblich	1. Anteile in %	2.	3.	4.	
Industrie und Handel ¹	31 949	15 889	34,7	35,3	26,6	3,4	42,2
Handwerk	32 639	7 243	31,5	30,9	31,2	6,4	34,7
Landwirtschaft	3 982	1 011	26,5	40,0	33,5	—	47,5
Öffentlicher Dienst	2 952	1 481	33,2	37,4	28,8	0,7	39,1
Freie Berufe	6 202	5 870	46,5	35,3	18,1	0,1	47,0
Hauswirtschaft	206	205	4,4	55,8	39,8	—	60,7
Seeschifffahrt	170	1	38,2	35,9	23,5	2,4	52,9
Insgesamt	78 100	31 700	33,8	33,8	28,3	4,1	39,7

1) einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe

Von den 78 100 Auszubildenden Ende 1983 standen rund 26 400, und damit jeder dritte Auszubildende, im ersten Ausbildungsjahr. Diese Zahl erhöhte sich gegenüber Ende 1982 besonders stark, nämlich um knapp 2 000 oder 8%. Dabei liegt die Zahl der neu abgeschlossenen Auszubildenden mit rund 31 000 noch erheblich über der der Auszubildenden im 1. Ausbildungsjahr. Das hängt damit zusammen,

daß immer mehr Jugendliche aufgrund ihrer Vorbildung (Abitur, Abschluß eines Berufsgrundbildungsjahrs oder einer Berufsfachschule) eine verkürzte Ausbildungszeit haben und ihre betriebliche Ausbildung bereits mit dem 2. Ausbildungsjahr beginnen. Dadurch ist auch die Zahl der Auszubildenden im 2. Ausbildungsjahr entsprechend gestiegen.

Handwerk sowie Industrie und Handel jetzt gleichgewichtige Ausbildungsbereiche

Auch Ende 1983 stellte das Handwerk in Schleswig-Holstein noch die größte Ausbildungskapazität in der betrieblichen Berufsausbildung zur Verfügung, wenn auch Industrie und Handel – mit nur noch 700 Ausbildungsplätzen weniger – merklich nähergerückt ist. Außer in Schleswig-Holstein ist im Ländervergleich nur noch in Niedersachsen und Bayern das Handwerk der größte Anbieter von betrieblichen Ausbildungsplätzen. Im gesamten Bundesgebiet bilden Industrie und Handel wesentlich häufiger aus als das Handwerk. Beträgt der Anteil des Handwerks an allen Ausbildungsplätzen in Schleswig-Holstein 42 %, so sind es im gesamten Bundesgebiet 39 %; für Industrie und Handel stehen dagegen einem Anteil von 41 % in Schleswig-Holstein 46 % im gesamten Bundesgebiet gegenüber. Damit ist im Land wie im Bund für den weitaus überwiegenden Teil der Auszubildenden die gewerbliche Wirtschaft zuständig. Die übrigen Auszubildenden verteilten sich Ende 1983 auf freie Berufe (7,9 %), Landwirtschaft (5,1 %), öffentlicher Dienst (3,8 %), Hauswirtschaft (0,3 %) und Seeschifffahrt (0,2 %). Zur Bewertung dieser Anteile, insbesondere des vom öffentlichen Dienst, sei nochmals auf die einleitenden Ausführungen zur Abgrenzung der Ausbildungsbereiche hingewiesen.

Von den in den 5 Jahren zwischen Ende 1978 und Ende 1983 zusätzlich bereitgestellten 14 000 Ausbildungsplätzen entfällt die Hälfte allein auf den Bereich Industrie und Handel. Der besondere Beitrag dieses Bereichs für die Bewältigung des Ausbildungsproblems wird auch noch dadurch herausgestrichen, daß von Ende 1982 bis Ende 1983 bei einer Gesamtzunahme der Ausbildungsplätze um 2 700 auf Industrie und Handel 2 200 entfallen. Einer Steigerung aller Ausbildungsplätze in 5 Jahren um 22 % und in einem Jahr um 3,6 % stehen damit entsprechende Zunahmen von 29 % und 7,4 % bei Industrie und Handel gegenüber. Überdurchschnittliche Steigerungsraten auf lange und kurze Sicht verzeichnen auch noch die Ausbildungsbereiche Landwirtschaft, öffentlicher Dienst und Hauswirtschaft. Allerdings ist hier das Gewicht – insbesondere der Hauswirtschaft – von untergeordneter Bedeutung, wenn auch bemerkenswert ist, daß die Landwirtschaft in 5 Jahren 900 Ausbildungsplätze mehr nachweist.

Bei einem insgesamt steigenden Anteil der weiblichen Auszubildenden weist die Untergliederung nach dem Geschlecht in den einzelnen Ausbildungsbereichen deutliche Unterschiede auf. Ausnahmestellungen nehmen hier die Ausbildungsbereiche Hauswirtschaft und

Weibliche Auszubildende nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich	Jahresende	
	1978	1983
	Anteile in %	
Industrie und Handel ¹	49,2	49,7
Handwerk	20,1	22,2
Landwirtschaft	19,2	25,4
Öffentlicher Dienst	41,6	50,2
Freie Berufe	95,3	94,6
Hauswirtschaft	100,0	99,5
Seeschifffahrt	—	0,6
Insgesamt	38,8	40,6

1) einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe

Seeschifffahrt ein, die nahezu ausschließlich dem weiblichen bzw. männlichen Geschlecht vorbehalten sind. Im übrigen reichte Ende 1983 der Anteil der weiblichen Auszubildenden von 22 % im Handwerk bis zu 95 % bei den freien Berufen. Der hohe Anteil der weiblichen Auszubildenden im Ausbildungsbereich freie Berufe verwundert dann nicht mehr, wenn man weiß, daß hierzu die Arzt- und Zahnarzthelferinnen sowie die Rechtsanwalts- und Notargehilfinnen gehören. Auch bei den Fachgehilfen in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen sind die jungen Frauen stark in der Überzahl. Sowohl in Industrie und Handel als auch im öffentlichen Dienst sind die Geschlechter zu gleichen Teilen vertreten. Während dies für Industrie und Handel in Schleswig-Holstein schon seit längerer Zeit gilt, hat sich der Anteil der weiblichen Auszubildenden im öffentlichen Dienst in 5 Jahren von 42 % dahin entwickelt. Dabei sollte nicht unerwähnt bleiben, daß in Industrie und Handel des gesamten Bundesgebietes Ende 1983 das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Auszubildenden 58 zu 42 betrug. Eine ähnlich positive Entwicklung wie beim öffentlichen Dienst gab es für die weiblichen Auszubildenden auch in der Landwirtschaft. Zwar lag der Anteil dort mit 25 % noch erheblich unter dem Durchschnitt von 41 %, er ist innerhalb von 5 Jahren aber immerhin um 6 Punkte gestiegen.

Auszubildende konzentrieren sich auf wenige Berufe

In Schleswig-Holstein verteilten sich die 78 100 Auszubildenden Ende 1983 auf rund 300 Ausbildungsberufe. Diese hohe Zahl von angestrebten Ausbildungsberufen verwundert sicherlich, verliert aber an Gewicht, wenn erläuternd hinzugefügt wird, daß über ein Drittel (35 %) aller Auszubildenden sich Ende 1983 auf

Die Rangfolge der Ausbildungsberufe Ende 1983

Ausbildungsberuf	Auszubildende insgesamt	Im Ausbildungsberuf überwiegendes Geschlecht			
		männlich		weiblich	
		Anzahl*	%	Anzahl*	%
Kraftfahrzeugmechaniker(in)	4 507	4 461(1)	99		
Verkäufer(in)	3 713			2 885(2)	78
Friseur(in)	3 144			3 020(1)	96
Bürokaufmann(-kffr)	2 882			2 528(3)	88
Elektroinstallateur(in)	2 844	2 829(2)	99		
Bankkaufmann(-kffr)	2 299			1 366(7)	59
Kaufmann (Kffr) im Groß- u. Außenhandel	2 248	1 416(9)	63		
Maurer	2 000	1 997(3)	100		
Einzelhandelskaufmann(-kffr)	1 999			1 134(8)	57
Arzthelfer(in)	1 997			1 993(4)	100
Maschinenschlosser(in)	1 966	1 911(4)	97		
Landwirt(in)	1 892	1 813(6)	96		
Verkäufer(in) im Nahrungsmittelhandwerk	1 867			1 849(5)	99
Gas- und Wasserinstallateur(in)	1 854	1 837(5)	99		
Maler(in) und Lackierer(in)	1 795	1 589(8)	89		
Rechtsanwalts- und Notargehilfe(in)	1 778			1 744(6)	98
Tischler(in)	1 746	1 655(7)	95		

*) In Klammern: Rangfolge nach Geschlecht

nur 10 Ausbildungsberufe verteilte und über die Hälfte aller Auszubildenden nur 17 verschiedene Berufe anstrebte. Die Konzentration auf wenige Berufe ist also beträchtlich.

Unangefochtener Spitzenreiter unter den Ausbildungsberufen ist der Kfz-Mechaniker mit 4 507 Auszubildenden. Dieser Beruf gehört zu den sogenannten Männerberufen, in die das weibliche Geschlecht mit 46 Auszubildenden aber immerhin schon den Einstieg begonnen hat. Bemerkenswert ist, daß die in der Rangfolge nächsten drei Ausbildungsberufe überwiegend von jungen Frauen angestrebt werden. Spitzenreiter bei den weiblichen Auszubildenden ist der Ausbildungsberuf der Friseurin, dicht gefolgt von der Verkäuferin. Zur Verkäuferin ist ergänzend zu bemerken, daß neben der Ausbildungsberuf der Verkäuferin im Nahrungsmittelhandwerk mit 1 849 weiblichen Auszubildenden ebenfalls häufig angestrebt wird. Würde man diese beiden Ausbildungsberufe addieren, dann ergäbe sich aus der Gesamtzahl 4 734 für die angehenden Verkäuferinnen eine noch stärkere Spitzenposition als es die der Kfz-Mechaniker für die männlichen Auszubildenden ist. Besonders hoch ist der Anteil der Frauen bei den Friseuren, aber auch die Bürokauffrau verdrängt den Bürokaufmann in eine kleine Minderheit. Ausgesprochene Domäne der Frauen unter den 10 meistgewählten Ausbildungsberufen ist die Arzthelferin, hier können die 4 jungen Männer nur als Eindringlinge bezeichnet werden. Von den jungen Män-

nern sind nach dem Kfz-Mechaniker die Ausbildungsberufe des Elektroinstallateurs und des Maurers stark gefragt. Sie decken diese Berufe auch nahezu vollzählig ab. Aber auch hier versuchen die jungen Frauen den Einstieg. Ähnlich beherrscht von den Männern sind die Ausbildungsberufe Gas- und Wasserinstallateur, Maschinenschlosser, Landwirt und Tischler. Dagegen erreicht bei den Malern und Lackierern der Frauenanteil bereits eine beachtliche Quote. Außer den in der Übersicht aufgeführten 17 am stärksten nachgefragten Berufen werden mehr als 1 000 männliche Auszubildende nur noch beim Bäcker (1 208) und Zimmerer (1 186) und mehr als 1 000 weibliche Auszubildende nur noch bei der Bürogehilfin (1 131) und bei der Fachgehilfin in steuer- und wirtschaftsberatenden Berufen (1 055) gezählt.

Noch überwiegt der Hauptschulabschluß bei den Auszubildenden

Dem erreichten Schulabschluß kommt bei der anhaltend gespannten Arbeitsmarktlage eine besondere Bedeutung zu. Wie bereits eingangs erwähnt, dringen heute nicht nur die Schulentlassenen aus Haupt- und Realschulen verstärkt in die betriebliche Ausbildung, sondern auch zunehmend Jugendliche mit höherwertigen Schulabschlüssen. Genauere Aufschlüsse darüber kann die Berufsbildungsstatistik mit ihrer Darstellung der Auszubildenden nach der schulischen Vor-

Auszubildende Ende 1983 nach schulischer Vorbildung

Ausbildungsbereich	Ohne Hauptschul- abschluß ¹	Haupt- schul- abschluß	Realschul- oder gleich- wertiger Abschluß ²	Hochschul-/ Fachhoch- schulreife ³	Berufs- grundbil- dungsjahr	Berufsfach- schule	Berufs- befähigen- des Jahr	Sonstige/ ohne Angabe	Insgesamt
Industrie und Handel ⁴	333	11 656	12 996	2 727	442	3 010	13	772	31 949
Handwerk ⁵	461	6 575	2 249	389	569	636	386	53	11 318
Landwirtschaft	108	1 848	1 405	498	43	—	15	65	3 982
Öffentlicher Dienst	3	363	1 762	195	331	101	—	197	2 952
Hauswirtschaft	5	17	40	3	98	37	4	2	206
Seeschifffahrt	7	75	59	29	—	—	—	—	170
Zusammen	917	20 534	18 511	3 841	1 483	3 784	418	1 089	50 577

1) einschl. Abgänger von Sonderschulen

2) einschl. Abgänger von Fachhochschulen ohne Fachhochschulreife

3) einschl. Abgänger von Hoch- und Fachhochschulen

4) einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe

5) Nur neu abgeschlossene Ausbildungsverträge

bildung geben. Darin ist jeder Auszubildende nur einmal aufgeführt, wobei er entweder nach dem zuletzt erreichten Abschluß oder nach der zuletzt besuchten Schule zugeordnet worden ist. Vom Ausbildungsbereich Handwerk liegen nur für die neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge, also für 35% der Auszubildenden dieses Bereichs, Ergebnisse vor. Noch keine Aussagen können in dieser Statistik über die schulische Vorbildung der Auszubildenden in den freien Berufen gemacht werden.

Gut zwei Fünftel, und damit die überwiegende Zahl der nachgewiesenen Auszubildenden am 31.12.1983, hatte einen Hauptschulabschluß. Weitere 2% sind Abgänger von Haupt- und Sonderschulen. Ähnlich hoch war mit 37% der Anteil der Auszubildenden mit Realschul- oder gleichwertigem Abschluß. Aber bereits jeweils fast 4 000 Auszubildende, zusammen 15%, hatten Hochschul- bzw. Fachhochschulreife oder kamen von der Berufsfachschule. Weitere 4% konnten auf ein Berufsgrundbildungsjahr oder ein berufsbe-fähigendes Jahr verweisen.

In den einzelnen Ausbildungsbereichen stellt sich das Bild etwas differenzierter dar. So überwiegen bei Industrie und Handel leicht die Auszubildenden mit Realschul- oder vergleichbarem Abschluß, auf sie entfallen 41%. Andererseits hat mehr als die Hälfte (62%) der Auszubildenden im Handwerk einen Hauptschulabschluß oder ist Abgänger von einer Haupt- oder Sonderschule. Wenn man dann berücksichtigt, daß in dieser Darstellung das Handwerk nur mit 35% seiner Auszubildenden dargestellt ist, ist der tatsächliche Anteil der Auszubildenden mit Hauptschulabschluß an den Auszubildenden insgesamt doch merklich höher

zu veranschlagen. Die Unterschiede in der schulischen Vorbildung der Auszubildenden in diesen beiden Bereichen sind natürlich auf die zum Teil ganz andersartigen Berufe zurückzuführen. So stehen beispielsweise den Ausbildungsberufen des Friseurs, Maurers, Malers und Lackierers sowie Tischlers im Handwerk jene der verschiedenen Kaufmannsberufe in Industrie und Handel gegenüber. Einen Hauptschulabschluß hat ferner fast jeder zweite Auszubildende in der Landwirtschaft, aber nur jeder achte im öffentlichen Dienst.

26 000 bestanden ihre Prüfung

Am Ende der Ausbildung sind nach dem Berufsbildungsgesetz in den anerkannten Berufen Abschlußprüfungen durchzuführen. Dabei wird festgestellt, ob der Auszubildende über die in der Ausbildungsordnung geforderten Fertigkeiten und Kenntnisse verfügt. Die Abschlußprüfung kann zweimal wiederholt werden, wenn sie nicht bestanden wurde.

Zur Abschlußprüfung ist zuzulassen, wer eine der Ausbildungsordnung entsprechende Berufsausbildung beendet hat. Darüber hinaus können unter bestimmten Voraussetzungen auch Berufstätige ohne ordnungsgemäße Berufsausbildung (z. B. Berufskraftfahrer) oder Personen, die in berufsbildenden Schulen oder sonstigen Einrichtungen ausgebildet worden sind, zur Abschlußprüfung zugelassen werden. Auch diese sogen. „externen“ Prüfungsteilnehmer sind in der Berufsbildungsstatistik erfaßt. Als Teilnehmer an Abschlußprüfungen zählen auch Prüfungskandidaten, die als Wiederholer keine Ausbildungsverlängerung beantragt ha-

Abschlußprüfungen 1983 nach Ausbildungsbereichen

Ausbildungsbereich		Männer	Frauen	Insgesamt
Industrie und Handel ¹	Anzahl	6 942	7 046	13 988
	Erfolgsquote in %	88	84	86
Handwerk	Anzahl	9 002	2 187	11 189
	Erfolgsquote in %	82	84	83
Landwirtschaft	Anzahl	1 110	456	1 566
	Erfolgsquote in %	93	96	94
Öffentlicher Dienst	Anzahl	438	427	865
	Erfolgsquote in %	94	98	96
Freie Berufe	Anzahl	119	2 456	2 575
	Erfolgsquote in %	95	91	91
Hauswirtschaft	Anzahl	—	219	219
	Erfolgsquote in %	—	98	98
Seeschifffahrt	Anzahl	102	—	102
	Erfolgsquote in %	80	—	80
Zusammen	Anzahl	17 713	12 791	30 504
	Erfolgsquote in %	86	87	86

1) einschl. Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe

ben und sich demnach ohne Ausbildungsvertrag einer erneuten Abschlußprüfung unterziehen.

Im Jahre 1983 nahmen 30 504 Auszubildende an Abschlußprüfungen teil. Der Anteil der weiblichen Teilnehmer entspricht mit 42% nahezu dem Anteil der weiblichen Auszubildenden an der Gesamtzahl, so daß die Teilnahme der beiden Geschlechter an den Prüfungen relativ gleich stark war. 26 276 Teilnehmer bestanden ihre Prüfung. Nicht erfolgreich waren also 4 228 oder 14%, wobei die Frauen geringfügig besser abschnitten als die Männer.

Besonders hohe Erfolgsquoten verzeichneten die Hauswirtschaft und der öffentliche Dienst, aber auch das Ergebnis in der Landwirtschaft kann noch als positiv bewertet werden. Dagegen waren bei den freien Berufen 9% der Teilnehmer nicht erfolgreich. Am schlechtesten ist das Ergebnis in der Seeschifffahrt, wo jeder fünfte nicht bestand. Aber auch die Erfolgsquoten der beiden größten Ausbildungsbereiche Handwerk sowie Industrie und Handel mit 83% bzw. 86% fallen ungünstig aus.

Peter Möller

Vergleiche auch: „Schüler, Auszubildende und Studierende 1983/84“ in *Wirtschaft und Statistik*, Heft 12/1984, S. 1021.

Einkommensteuerbeteiligung der Gemeinden ab 1985

Ab 1985 gelten neue Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Eine entsprechende Verordnung des Bundesministers der Finanzen¹ bestimmt die Bundesstatistiken über die veranlagte Einkommensteuer und über die Lohnsteuer für das Jahr 1980 als Basis der neuen Schlüsselzahlen, die für die Jahre 1985 bis 1987 zur Verteilung des kassenmäßigen Einkommensteueranteils auf die Gemeinden gültig sein werden. Die Statistischen Landesämter führten die notwendigen Berechnungen der gemeindlichen Anteilswerte auf der neuen statistischen Basis im Jahre 1984 durch.

Die Umstellung auf neue Schlüsselzahlen gibt den Anlaß, einmal ausführlicher auf den Verteilungsmechanismus und auf die Auswirkungen der geän-

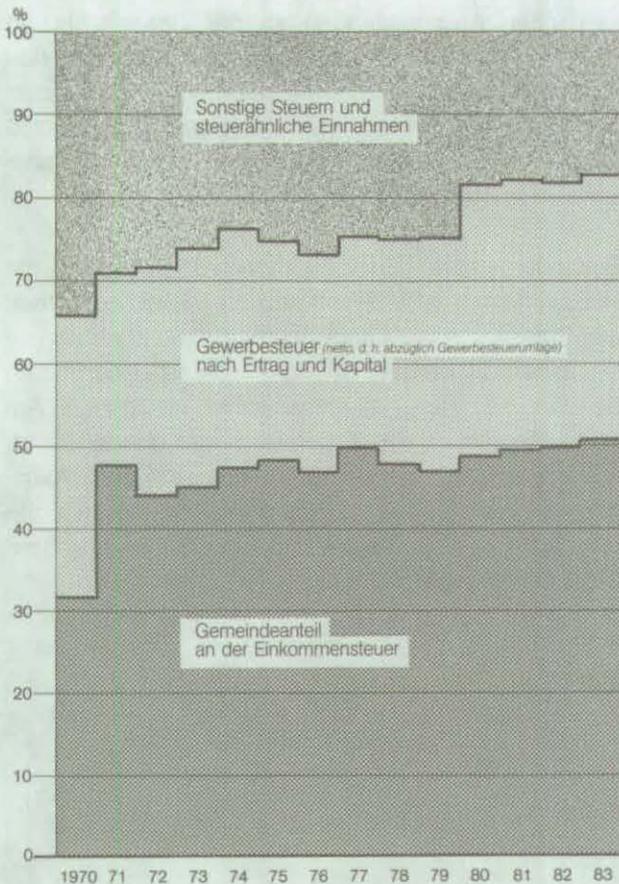
dernten statistischen Basis für die schleswig-holsteinischen Gemeinden einzugehen. Eine Schlüsselzahlumstellung verändert nämlich viele gemeindliche Anteilswerte erheblich. Dies kann dann gravierende Auswirkungen für die finanzielle Situation der kommunalen Haushalte haben, denn die Einkommensteuer ist die wichtigste Steuerquelle der Gemeinden (siehe Grafik). Zu- oder Abnahmen der Schlüsselzahlen von mehr als 50% sind durchaus möglich, wobei die Ursachen hierfür den betroffenen Gemeinden häufig nicht vollständig ersichtlich werden. Bei einer Umstellung auf eine neue statistische Basis sind in der Regel alle Gemeinden von einer Veränderung ihrer Schlüsselzahl betroffen; es ist schon eher außergewöhnlich, daß eine Gemeinde ihren alten Anteilswert behält. Unter welchen Bedingungen und mit welchen Faktoren Veränderungen stattfinden können, soll im folgenden allgemein und anhand der Bezugsstatistiken der neuen und der alten Schlüsselzahlen beschrieben werden.

1) Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 1985, 1986 und 1987 vom 15. November 1984 (BGBl. I, S. 1370)

Anteile der Steuereinnahmequellen der schleswig-holsteinischen Gemeinden

— Kassenangaben —

D 5441 Stat. LA S-H



Gesetzliche Grundlagen

Den Gemeinden steht seit der Gemeindefinanzreform 1969² ein Anteil an der Einkommensteuer zu (Art. 106 Abs. 5 Grundgesetz). Dieser Anteil ist von den Ländern an ihre Gemeinden auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen der Gemeindeeinwohner weiterzuleiten (Leistungskomponente). Näheres über die Höhe des Gemeindeanteils sowie über den Verteilungsmodus regelt das inzwischen mehrfach geänderte Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 (BGBl. I, S. 1587). Demnach betrug der Gemeindeanteil bis 1979 14 % des Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer (§ 1 Gemeindefinanzreformgesetz). Er wurde mit dem Steueränderungsgesetz vom 30. November 1978 (BGBl. I, S. 1849) auf 15 % ab 1980 erhöht.

Der Gemeindeanteil wird für jedes Bundesland nach den Steuerbeträgen bemessen, die von den Finanzbehörden im Lande vereinnahmt werden, also nach

2) Über die Gemeindefinanzreform wurde in Heft 12/1968 und Heft 1/1969 dieser Zeitschrift berichtet

dem kassenmäßigen Aufkommen. Zu berücksichtigen sind dabei auch Steuerbeträge, die den Ländern aufgrund der Steuerzerlegung nach Art. 107 Abs. 1 Grundgesetz zustehen. § 1 des Zerlegungsgesetzes führt die grundgesetzliche Bestimmung dahingehend näher aus, daß der Anspruch auf die Einkommensteuer für ein Kalenderjahr unmittelbar dem Lande zusteht, in dem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat. In den Fällen, in denen Lohnsteuerbeträge von Finanzbehörden in einem anderen als dem Wohnsitzland des Steuerpflichtigen vereinnahmt werden, finden Ausgleichszahlungen vom Einnahmeland an das Wohnsitzland statt, und diese Beträge werden für den Gemeindeanteil mit berücksichtigt. Für viele schleswig-holsteinische Gemeinden sind sie aufgrund der Randlage zu Hamburg von besonderer Bedeutung. Bei den Zerlegungsfällen handelt es sich nämlich in erster Linie um Berufspendler, hier insbesondere nach Hamburg. Weitere Fälle der Zerlegung sind Arbeitnehmer überregional tätiger Unternehmen, für die bei zentraler Lohnabrechnung außerhalb des Landes auch dort die Lohnsteuer abgeführt wird.

Wie der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf die Gemeinden eines Landes aufgeteilt wird, ergibt sich aus § 2 des Gemeindefinanzreformgesetzes. Für jede Gemeinde wird auf der Grundlage der dreijährlichen Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer³ eine Schlüsselzahl errechnet, die dem Anteil der Gemeinde am statistischen Steueraufkommen aller Gemeinden des Landes entspricht. Die Summe aller Schlüsselzahlen eines Landes ergibt den Wert „1“. Das statistische

Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer auf die einzelnen Gemeinden

$$\text{Gemeindeeinkommensteuer der Gemeinde X} = \frac{\text{Einkommensteueraufkommen der Gemeinde X laut Statistik}}{\text{Einkommensteueraufkommen des Landes laut Statistik}} \cdot \text{kassenmäßiger Gemeindeanteil an der Einkommensteuer des Landes}$$

} Schlüsselzahl

3) § 1 des Gesetzes über Steuerstatistiken vom 6. Dezember 1966 (BGBl. I, S. 665), zuletzt geändert durch 1. Statistikbereinigungsgesetz vom 14. März 1980, Art. 22 (BGBl. I, S. 294)

Steueraufkommen ist den Gemeinden nach dem Wohnort der Steuerpflichtigen zugerechnet, so daß die Zerlegung bereits berücksichtigt ist. Die Gemeindeeinkommensteuer einer einzelnen Gemeinde ergibt sich dann als Produkt aus ihrer Schlüsselzahl und dem kassenmäßigen Gemeindeanteil an der Einkommensteuer des Landes.

An dieser Stelle ist der Unterschied zwischen „kassenmäßig“ und „statistisch“ hervorzuheben, weil das für die Schlüsselzahlberechnung ermittelte Steueraufkommen im Erhebungsjahr der Statistik von den Einnahmen der Finanzkassen desselben Jahres unter anderem aus folgenden Gründen abweicht:

- pauschalierte Lohnsteuerbeträge — bei bestimmten niedrigen Bruttolöhnen können Arbeitnehmer ihren Lohn „Lohnsteuerfrei“ ausbezahlt bekommen — werden von der Lohnsteuerstatistik nicht erfaßt, sind aber im Aufkommen der Kassen enthalten;
- Steuerbeträge beschränkt Steuerpflichtiger (ohne inländischen Wohnsitz) sind ebenso nicht im Steueraufkommen für die Berechnung der Schlüsselzahlen, wohl aber im kassenmäßigen Aufkommen enthalten;
- das kassenmäßige muß vom statistischen Aufkommen eines Erhebungsjahres abweichen, da die Kassen auch Steuerbeträge aus Vorjahren erhalten: Vom Arbeitgeber einbehaltene Lohnsteuerbeträge gehen zeitlich verschoben bei den Kassen ein. Außerdem werden von den Kasseneinnahmen eines Jahres Erstattungsbeiträge abgezogen (z. B. Lohnsteuerjahresausgleich), die sich auf Vorjahre beziehen. Bei der veranlagten Einkommensteuer erhalten die Finanzkassen Vorauszahlungen, deren Höhe sich nach der letzten vorangegangenen Veranlagung (meistens Vorjahr) bemißt. Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik weist dagegen Steuerbeträge für das Erhebungsjahr nach, die auf Einkünfte und Einkommen nur des betreffenden Jahres entfallen sind.

Ist bis hierher allgemein von den „Einkommensteuerbeträgen“ gesprochen worden, die der Berechnung des Schlüssels zugrunde gelegt werden, so ist für das Weitere eine bedeutende Einschränkung insofern zu machen, daß nicht das gesamte Einkommensteueraufkommen Grundlage der Schlüsselzahlen ist, sondern daß Steuerbeträge nur bis zu bestimmten Höchstbeträgen (Sockelbeträge) des einzelnen zu versteuernden Einkommens (§ 3 Gemeindefinanzreformgesetz) zu berücksichtigen sind. Steuerpflich-

tige, deren zu versteuerndes Einkommen über den gesetzlich festgelegten Sockelbeträgen liegt, gehen nur mit einem Steuerbetrag in die Berechnung der Schlüsselzahlen ein, der auf den Sockelbetrag des zu versteuernden Einkommens zu entrichten wäre. Steuerpflichtige, deren Einkommen unterhalb des Sockels liegt oder ihn gerade erreicht, gehen mit dem vollen Steuerbetrag ein.

Mit dieser Bestimmung enthält das Gemeindefinanzreformgesetz neben der erwähnten Leistungskomponente — Verteilung des Gemeindeanteils nach dem örtlichen Steueraufkommen — eine Ausgleichskomponente, die bewirkt, daß die finanzielle Situation der in der Struktur ihrer Steuerpflichtigen schwachen Gemeinden gegenüber den strukturstarken verbessert wird. Die Leistungskomponente wird also durch die Ausgleichskomponente relativiert. Gegenüber einer Anrechnung des gesamten Steueraufkommens sind die Anteile der Gemeinden, in denen überdurchschnittlich viele Bezieher niedriger Einkommen wohnen, durch die Berücksichtigung von Höchstbeträgen vergleichsweise höher, die Anteile der Gemeinden mit einer Konzentration hoher und höchster Einkommen fallen entsprechend geringer aus. Die Tabelle veranschaulicht die Wirkung der Höchstbeträge am Beispiel der Schlüsselzahlen der kreisfreien Städte und Kreise. Kiel zum Beispiel profitiert vom Höchstbetrag am stärksten. Hier lag auch das durchschnittliche Steueraufkommen je Steuerpflichtigen mit 6 406 DM deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Am nachteiligsten ist die Sockelwirkung für die Gemeinden im Kreis Stormarn, wo das durchschnittliche Aufkommen um 37,5 % über dem Landesdurchschnitt lag. Daß aber ebenso die Einkommensstruktur der Steuerpflichtigen mit von Bedeutung ist, zeigt das Beispiel Flensburg: Hier führt der Höchstbetrag zu einer Minderung, obwohl der Steuerbetrag je Steuerpflichtigen um 3,9 % geringer war als im Durchschnitt des Landes.

Das Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 sah zunächst Höchstbeträge des zu versteuernden Einkommens von 8 000 DM und im Falle zusammen veranlagter Ehegatten von 16 000 DM vor. Diese Beträge fanden für die in den Jahren 1970 und 1971 geltenden Schlüsselzahlen Anwendung⁴.

Der Schlüssel zur Verteilung des Gemeindeanteils ist seit 1970/1971 fünfmal um- und auf eine neue

4) Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 1970 vom 26. November 1969 (BGBl. I, S. 2149)



Landeshaushalt 1985

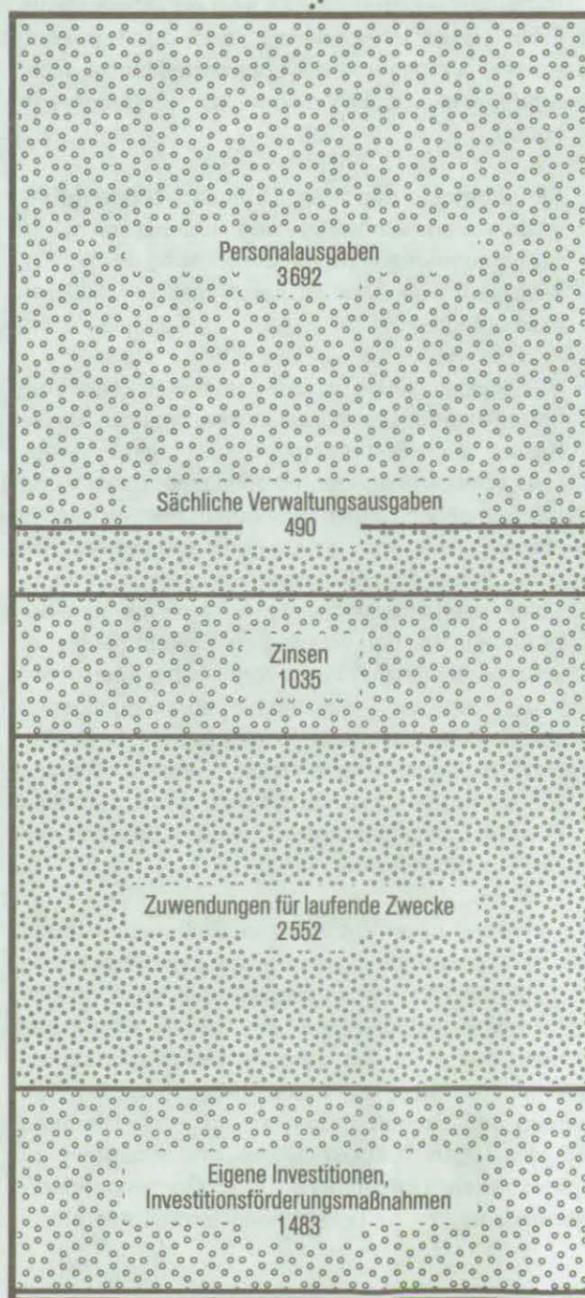
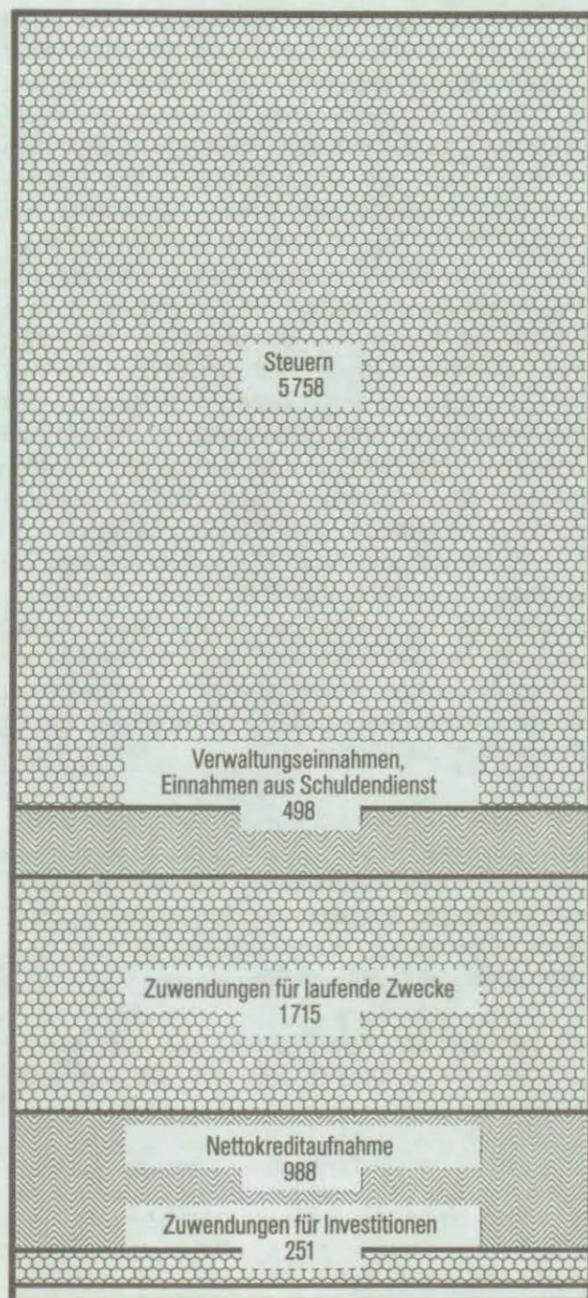
9 295 Millionen DM

Grafik des Monats März 1985 D 5437 Stat. LA. S-H

Einnahmen

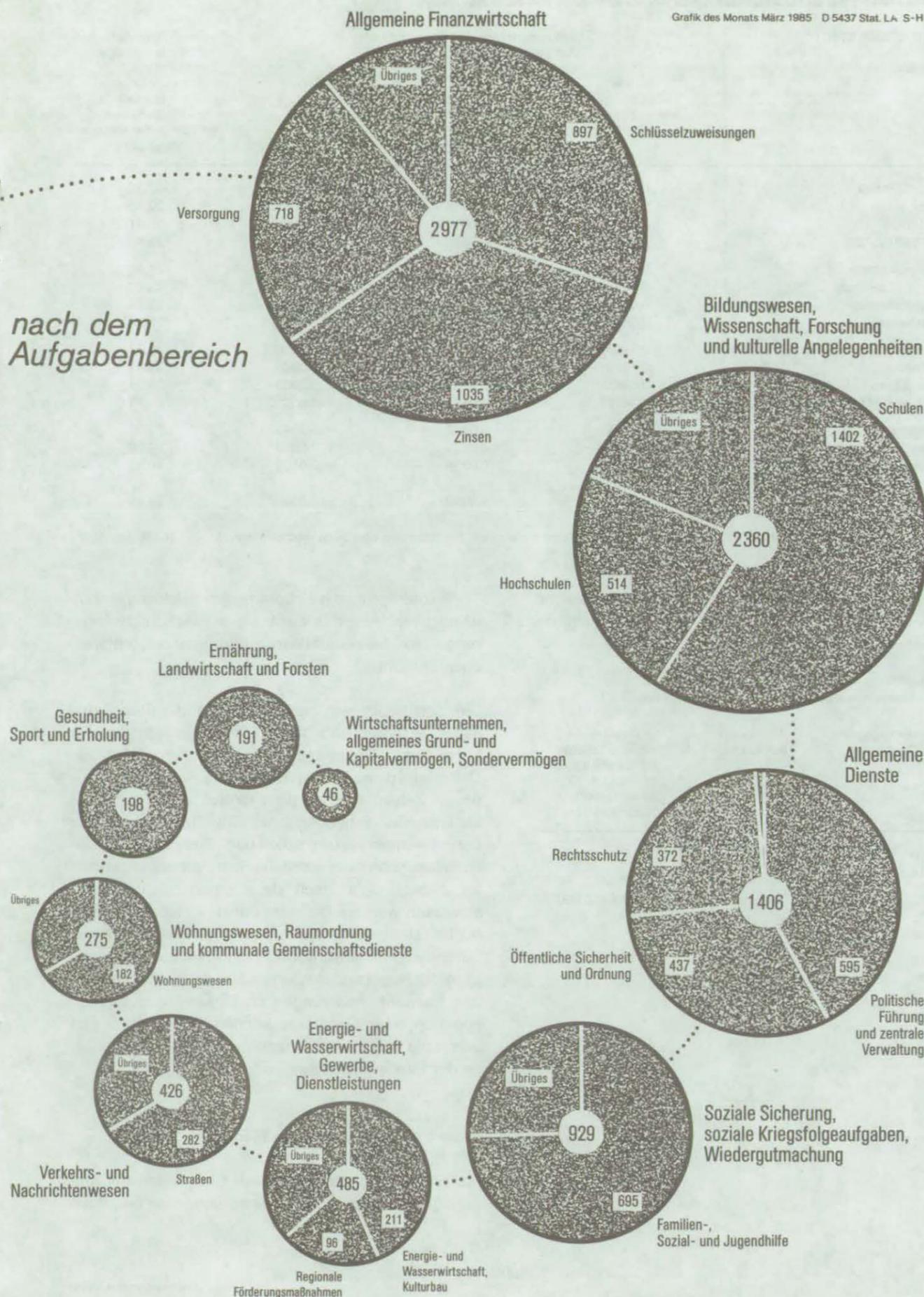
Ausgaben*

nach der Art



*) ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführung an Rücklagen und Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages

nach dem Aufgabenbereich



Veränderung der Schlüsselzahlen durch Berücksichtigung von Höchstbeträgen

KREISFREIE STADT Kreis	Schlüsselzahlen ¹ auf Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1980			Wegen der Höchstbeträge nicht angerechnete Steuer in % der Lohn- und Einkommensteuer insgesamt
	ohne Höchstbeträge	bei Höchstbeträgen 32 000/64 000 DM zu versteuerndes Einkommen	Differenz	
FLENSBURG	0,0357	0,0341	- 0,0016	32,95
KIEL	0,0891	0,0984	+ 0,0093	22,43
LÜBECK	0,0797	0,0817	+ 0,0020	28,01
NEUMÜNSTER	0,0281	0,0298	+ 0,0017	25,45
Dithmarschen	0,0365	0,0390	+ 0,0025	24,94
Hzgt. Lauenburg	0,0673	0,0621	- 0,0052	35,20
Nordfriesland	0,0440	0,0448	+ 0,0008	28,58
Ostholstein	0,0585	0,0610	+ 0,0025	26,78
Plön	0,0409	0,0429	+ 0,0020	26,42
Pinneberg	0,1370	0,1307	- 0,0063	33,01
Rendsburg-Eckernförde	0,0861	0,0866	+ 0,0005	29,39
Schleswig-Flensburg	0,0492	0,0524	+ 0,0031	25,33
Segeberg	0,0982	0,0937	- 0,0045	33,00
Steinburg	0,0418	0,0451	+ 0,0033	24,28
Stormarn	0,1079	0,0976	- 0,0103	36,52
Schleswig-Holstein	1,0000	1,0000	+ 0,0000	29,80

1) Die Schlüsselzahlen werden mit 8 Stellen nach dem Komma berechnet. Zur besseren Übersicht wurden sie in dieser Tabelle gerundet

statistische Basis gestellt worden (siehe Übersicht). Bei drei Umstellungen wurde eine Anpassung der

Sockelbeträge an die Einkommensentwicklung als notwendig erachtet, das heißt, sie wurden durch Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes entsprechend erhöht.

Anwendung des Schlüssels für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer

Anwendungsjahr des Schlüssels	Bezugsjahr der Statistik	Gesetzliche Höchstbeträge (Sockelbeträge) ... DM zu versteuerndes Einkommen
1970 1971	1965	8 000/16 000
1972 1973 1974	1968	16 000/32 000
1975 1976 1977 1978	1971	
1979 1980 1981	1974	25 000/50 000
1982 1983 1984	1977	
1985 1986 1987	1980	32 000/64 000

Die Schlüsselzahlen gelten dann in der Regel drei Jahre entsprechend dem Erhebungsrhythmus der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken. Weil die Daten allerdings erst spät verfügbar sind, gelten die neuen Zahlen erst ab dem fünften Jahr nach dem statistischen Erhebungsjahr. Die Bearbeitung der Lohnsteuerjahresausgleiche und Einkommensteuer-Veranlagungen kann durch die Finanzverwaltungen erst im zweiten Jahr nach dem Erhebungsjahr abgeschlossen werden. Die daran anschließende umfangreiche statistische Aufbereitung des entstandenen Datenmaterials einschließlich der Lohnsteuerzerlegung ist in der Regel erst im vierten Jahr nach dem Bezugsjahr beendet. Änderungen im Einkommensteueraufkommen einer Gemeinde können sich deshalb erst sehr spät auf den ihr zustehenden Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auswirken.

Neue Schlüsselzahlen ab 1985

Die Erläuterung der rechtlichen Grundlagen hat aufgezeigt, wodurch sich die Ansprüche der einzelnen

Gemeinden auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer verändern können:

- Umstellung auf eine neue statistische Basis, in der sich die Entwicklung des Einkommensteueraufkommens der Gemeinden der zurückliegenden drei Jahre niederschlägt,
- Umstellung der Sockelbeträge aufgrund einer notwendigen Anpassung an die allgemeine Einkommensentwicklung.

Betrachten wir das Problem sich ändernder Schlüsselzahlen zunächst ganz allgemein, so verhält sich die neue Schlüsselzahl einer Gemeinde zur alten nach folgender Identität⁵:

$$S^r \text{ neu} = \frac{E^r \text{ neu}}{E^r \text{ alt}} \cdot \frac{E \text{ alt}}{E \text{ neu}} \cdot S^r \text{ alt}$$

regionalspezifischer Faktor
allgemeiner Faktor

Änderungsfaktor der Schlüsselzahl

Dabei ist:

- $S^r \text{ alt (neu)}$ die alte (neue) Schlüsselzahl der regionalen Einheit, z. B. Gemeinde,
- $E^r \text{ alt (neu)}$ das alte (neue) anrechenbare Einkommensteuer-Aufkommen der regionalen Einheit,
- $E \text{ alt (neu)}$ das alte (neue) anrechenbare Einkommensteuer-Aufkommen aller regionalen Einheiten des Landes.

Allgemein ergeben sich dann folgende Bedingungen für die Fälle, daß die neue Schlüsselzahl gleich, größer oder kleiner als die alte sein soll:

$$1) \quad S^r \text{ neu} = S^r \text{ alt, wenn } \frac{E^r \text{ neu}}{E^r \text{ alt}} \cdot \frac{E \text{ alt}}{E \text{ neu}} = 1$$

bzw. $\frac{E^r \text{ neu}}{E^r \text{ alt}} = \frac{E \text{ neu}}{E \text{ alt}}$

$$2) \quad S^r \text{ neu} > S^r \text{ alt, wenn } \frac{E^r \text{ neu}}{E^r \text{ alt}} \cdot \frac{E \text{ alt}}{E \text{ neu}} > 1$$

bzw. $\frac{E^r \text{ neu}}{E^r \text{ alt}} > \frac{E \text{ neu}}{E \text{ alt}}$

$$3) \quad S^r \text{ neu} < S^r \text{ alt, wenn } \frac{E^r \text{ neu}}{E^r \text{ alt}} \cdot \frac{E \text{ alt}}{E \text{ neu}} < 1$$

bzw. $\frac{E^r \text{ neu}}{E^r \text{ alt}} < \frac{E \text{ neu}}{E \text{ alt}}$

Eine Gemeinde kann ihre Schlüsselzahl also nur dann halten, wenn sich ihr anzurechnendes Steueraufkommen in gleichem Maße verändert wie das Aufkommen aller Gemeinden (Fall 1). Die neue Schlüsselzahl ist größer als die alte, wenn die Veränderungsrate des gemeindlichen Steueraufkommens größer ist als die allgemeine Veränderungsrate (Fall 2). Sie ist kleiner als die alte, wenn die gemeindliche Veränderungsrate kleiner ist als die allgemeine (Fall 3).

Es ist offenkundig, daß die Veränderung der Schlüsselzahl einer Gemeinde eben nicht nur – wie vielfach angenommen wird – von der Entwicklung des eigenen Steueraufkommens abhängt, sondern immer auch von der allgemeinen Entwicklung. Der Änderungsfaktor der Schlüsselzahl läßt sich dementsprechend in einen regionalspezifischen und in einen allgemeinen Faktor zerlegen.

Bei der Analyse neu festgesetzter Schlüsselzahlen sind also immer zwei Fragen zu stellen:

- Wie hat sich das anrechenbare Steueraufkommen der Gemeinde verändert?
- Wie hat sich das Steueraufkommen aller Gemeinden verändert?

Die aktuelle Umstellung auf die Schlüsselzahlen ab 1985 brachte eine Steigerung des anzurechnenden Steueraufkommens aller Gemeinden von 3,324 Mrd. DM auf 3,834 Mrd. DM (15,35%). Eine einzelne Gemeinde mußte also denselben relativen Zuwachs ihres anrechenbaren Steueraufkommens aufweisen, um ihren Anspruch auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in gleicher Höhe zu halten. Für eine Gemeinde ohne jede Veränderung im Aufkommen mußte der allgemeinen Entwicklung zufolge eine Verminderung der Schlüsselzahl um 13,31 % eintreten.

5) Vergleiche: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung: Einkommensteuerbeteiligung der bayerischen Gemeinden seit 1970

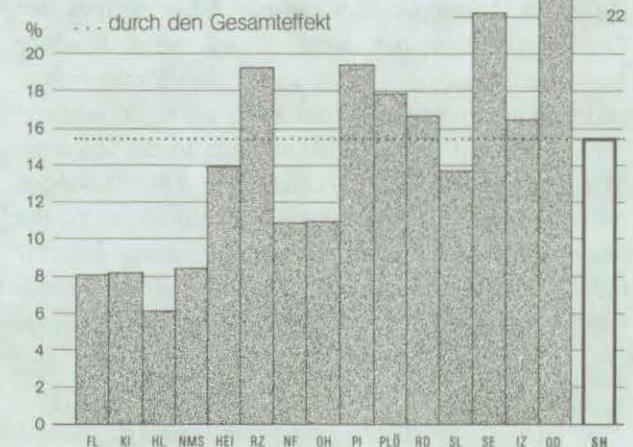
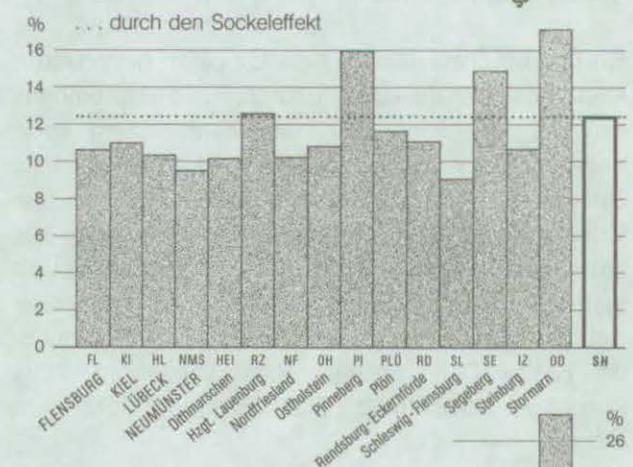
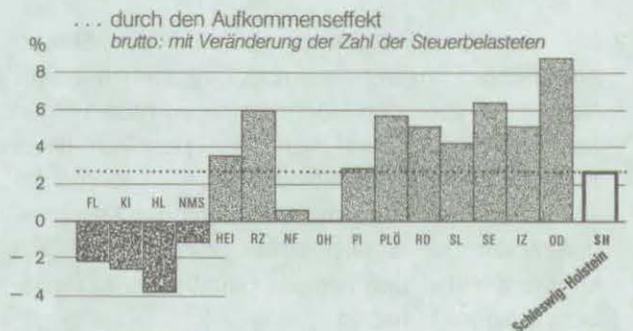
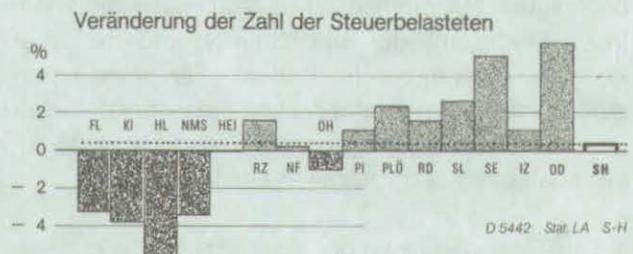
Faktoren für die Schlüsselzahlen ab 1985 nach Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Steuer- auf- kommens- faktor ¹	Sockel- faktor ²	Produkt Sp. 1 X Sp. 2
regionalspezifische Faktoren			
FLENSBURG	0,9776	1,1058	1,0810
KIEL	0,9745	1,1103	1,0819
LÜBECK	0,9624	1,1027	1,0612
NEUMÜNSTER	0,9893	1,0953	1,0836
Dithmarschen	1,0348	1,1008	1,1391
Hzgt. Lauenburg	1,0600	1,1254	1,1929
Nordfriesland	1,0064	1,1016	1,1086
Ostholstein	1,0012	1,1077	1,1091
Pinneberg	1,0293	1,1598	1,1938
Plön	1,0566	1,1155	1,1786
Rendsburg- Eckernförde	1,0509	1,1107	1,1673
Schleswig- Flensburg	1,0424	1,0910	1,1373
Segeberg	1,0639	1,1490	1,2224
Steinburg	1,0518	1,1072	1,1645
Stormarn	1,0878	1,1713	1,2742
allgemeine Faktoren			
Schleswig-Holstein	0,9741	0,8900	0,8669
Änderungsfaktoren (regionalspezifischer · allgemeiner Faktor)			
FLENSBURG	0,9523	0,9842	0,9372
KIEL	0,9493	0,9882	0,9381
LÜBECK	0,9375	0,9814	0,9201
NEUMÜNSTER	0,9637	0,9748	0,9394
Dithmarschen	1,0080	0,9797	0,9875
Hzgt. Lauenburg	1,0325	1,0016	1,0342
Nordfriesland	0,9803	0,9804	0,9611
Ostholstein	0,9753	0,9859	0,9615
Pinneberg	1,0026	1,0322	1,0349
Plön	1,0292	0,9928	1,0218
Rendsburg- Eckernförde	1,0237	0,9885	1,0120
Schleswig- Flensburg	1,0154	0,9710	0,9859
Segeberg	1,0363	1,0226	1,0597
Steinburg	1,0246	0,9854	1,0096
Stormarn	1,0596	1,0425	1,1046

- 1) Wechsel der statistischen Basis bei gleichbleibenden Höchstbeträgen von 1977 auf 1980
- 2) Anhebung der Höchstbeträge von 25 000/50 000 DM auf 32 000/64 000 DM

(siehe Grafik). Die schon lange beobachtete Stadt-Umland-Wanderung hat sich mit dem Wechsel der statistischen Basis erneut bemerkbar gemacht. So dürften wohl die Hamburg-Randkreise insbesondere von der Umland-Wanderung der Hamburger Einwohner profitiert haben.

Auswirkungen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1980 auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach Kreisen



Bei der Veränderung je Steuerpflichtigen, d. h. bei dem um die Entwicklung der Zahl der Steuerpflichtigen bereinigten Aufkommenseffekt, schneiden die kreisfreien Städte, mit der Ausnahme Neumünster, aber ebenfalls unterdurchschnittlich ab. Für einen unterdurchschnittlichen Netto-Aufkommenseffekt bieten sich zwei Erklärungsmöglichkeiten an, die aber durchaus auch gleichzeitig zutreffen können:

1. Eine Region ist hinter der allgemeinen Einkommensentwicklung und entsprechend hinter der allgemeinen Entwicklung des Steueraufkommens zurückgeblieben. Dies trifft z. B. für die Kreise Nordfriesland, Ostholstein und Schleswig-Flensburg zu, in denen das Steueraufkommen insgesamt je Steuerbelasteten mit 8,43 %, 6,78 % und 7,07 % nicht so stark gestiegen ist wie im Landesdurchschnitt (11,93 %).
2. Bei günstiger Einkommensstruktur⁶ der Steuerpflichtigen – zu versteuernde Einkommen in der Nähe oder über den Höchstbeträgen haben einen starken Anteil – und bei einer positiven allgemeinen Einkommensentwicklung fällt überdurchschnittlich viel Einkommenszuwachs der Abschneidefunktion der Sockelbeträge zum Opfer. Dies könnte sich bei den Kreisen Segeberg und Pinneberg ausgewirkt haben.

Ein überdurchschnittliches Abschneiden beim Netto-Aufkommenseffekt kann dadurch zustande kommen, daß die allgemeine Einkommensentwicklung übertroffen wird. Liegen zudem überdurchschnittlich viele Einkommen unterhalb des Sockels – ungünstige Einkommensstruktur –, kann auch die Entwicklung des anzurechnenden Einkommens überdurchschnittlich sein, weil die Abschneidefunktion der Sockelbeträge nicht voll wirksam wird. Als Beispiele hierfür könnten die Kreise Dithmarschen, Hztg. Lauenburg, Plön, Rendsburg-Eckernförde, Steinburg und Stormarn gelten.

Genauere Aussagen über die nun tatsächlich in den Regionen vorliegenden Verhältnisse lassen sich jedoch nur über eine Analyse der regionalen Einkommensverteilungen machen, wobei auch untersuchenswert wäre, inwieweit Zu- oder Abnahmen in der Zahl der Steuerpflichtigen zu strukturellen Veränderungen geführt haben. Für das Ausmaß der Veränderung der anzurechnenden Einkommensteuer beim Aufkommenseffekt ist es schon entscheidend, ob zusätzliche oder verlorene Steuerpflichtige hohe oder geringe

Einkommen aufweisen. Gerade die Stadt-Umland-Wanderung, die ja vermutlich eher von Beziehern starker Einkommen vollzogen wurde, hat in diesem Sinne wahrscheinlich zu regionalen Umschichtungen erheblichen Ausmaßes geführt.

Das Produkt aus der Veränderungsrate der Steuerpflichtigen und der des anzurechnenden Steueraufkommens beim Netto-Aufkommenseffekt ergibt die Veränderungsrate beim Aufkommenseffekt (brutto). Werte über dem Landesergebnis zeigen an, daß der Aufkommenseffekt die Schlüsselzahl erhöht, Werte unter dem Landesdurchschnitt bedeuten eine Abnahme.

Gibt es für die durch den Aufkommenseffekt verursachten Veränderungen mehrere Interpretationsmöglichkeiten, so ist die Wirkung des Sockeleffekts genau eingrenzbar. Zunahmen im anzurechnenden Steueraufkommen bei Anhebung der Höchstbeträge werden ausschließlich durch die Einkommensstruktur der Steuerpflichtigen bestimmt. Regionen mit günstiger Struktur verzeichnen größere Zuwächse als Regionen mit ungünstiger Struktur. Als Regionen mit einer günstigen Einkommensstruktur ihrer Steuerpflichtigen ergeben sich die schon erwähnten Hamburg-Randkreise (siehe Grafik). Dieses Ergebnis unterstützt auch die vorangegangenen Erläuterungen zum Aufkommenseffekt. Die ungünstigste Einkommensstruktur weist offensichtlich der Kreis Schleswig-Flensburg auf, aber auch die Kreise Dithmarschen, Nordfriesland, Ostholstein, Plön, Rendsburg-Eckernförde und Steinburg sowie die kreisfreien Städte haben durch die Anhebung der Höchstbeträge nur unterdurchschnittliche Zuwächse im anzurechnenden Steueraufkommen zu verzeichnen. Der Vergleich mit dem Landesergebnis zeigt hier wiederum, wie sich der Sockeleffekt auf die Schlüsselzahlen auswirkt.

Die zusammengefaßte Wirkung des Aufkommens- und des Sockeleffekts als Gesamteffekt zeigt im Vergleich zum Landesergebnis, welche regionalen Einheiten ihre Schlüsselzahlen vergrößern konnten und welche Einheiten zukünftig einen geringen Anspruch auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer geltend machen können (siehe Grafik). Bei den vier genannten Hamburg-Randkreisen kumulieren Aufkommens- und Sockeleffekt, was zu einem erheblich überdurchschnittlichen Abschneiden beim Gesamteffekt führt. Bei den kreisfreien Städten sowie bei den Kreisen Nordfriesland und Ostholstein verstärken sich Aufkommens- und Sockeleffekt ebenfalls, jedoch zu stark unterdurchschnittlichen Ergebnissen im Gesamteffekt. Bei den Kreisen Dithmarschen und Schleswig-Flensburg wird das überdurchschnittliche Anwachsen

6) „Günstig“ ist hier und im folgenden nicht im Sinne einer politisch wünschenswerten Einkommensverteilung gemeint

der anzurechnenden Einkommensteuer beim Aufkommenseffekt durch das unterdurchschnittliche Ergebnis beim Sockeleffekt überkompensiert, so daß die neue Schlüsselzahl kleiner als die alte ausfällt. Bei den Kreisen Plön, Rendsburg-Eckernförde und Steinburg ist dies genau umgekehrt.

Einleitend ist angemerkt worden, daß einzelne Gemeinden bei Umstellung der Schlüsselzahlen Zu- oder

Abnahmen in ihren Ansprüchen auf den Gemeindeanteil von 50 % und mehr haben können. Insbesondere trifft dies für kleine Gemeinden zu, bei denen sich schon geringe Veränderungen in der Zahl der Steuerpflichtigen sehr stark bemerkbar machen. Die folgende Tabelle zeigt die regionalspezifischen Faktoren und die Änderungsfaktoren der Schlüsselzahl für vier ausgewählte Gemeinden, die eine besonders starke Veränderung ihrer Schlüsselzahlen erfahren haben:

	Augusten- koog	Elisabeth- Sophien- Koog	Neritz	Hohenfelde (Stormarn)
Veränderung der Zahl der Steuerpflichtigen 1980 zu 1977 in %	- 50,00	- 55,56	+ 22,62	+ 21,43
Regionalspezifische Faktoren				
Steueraufkommensfaktor				
netto	0,5759	0,7218	1,2631	1,1921
brutto	0,2880	0,3208	1,5487	1,4476
Sockelfaktor	1,2470	1,0887	1,0996	1,2017
Produkt aus Aufkommens- und Sockelfaktor	0,3591	0,3493	1,7030	1,7396
Änderungsfaktoren der Schlüsselzahl				
Steueraufkommensfaktor (brutto)	0,2805	0,3125	1,5086	1,4101
Sockelfaktor	1,1098	0,9689	0,9786	1,0695
Gesamtfaktor	0,3113	0,3028	1,4763	1,5081
Veränderung der Schlüsselzahl in %	- 68,87	- 69,72	+ 47,63	+ 50,81

Modellrechnungen für die Wahl der Höchstbeträge

Die Bedeutung der Höchstbeträge für das anzurechnende Steueraufkommen, das den Schlüsselzahlen zugrunde gelegt wird, und ihre Wirkung sind am praktischen Beispiel der Umstellung auf die ab 1985 gültigen Schlüsselzahlen dargestellt worden. Es stellt sich die Frage, warum die Höchstbeträge verändert werden und wie ihre „richtige“ Höhe festgestellt wird.

Über die Höchstbeträge des zu versteuernden Einkommens soll die finanzielle Ausstattung der strukturschwachen Gemeinden gegenüber den strukturstarken verbessert werden. Dieses Ziel kann aber nur dann erreicht werden, wenn die festgesetzten Beträge „greifen“, das heißt, daß durch die Sockelbeträge tatsächlich auch Einkommensspitzen und somit auch Steueraufkommensspitzen abgeschnitten werden. Lägen im Extremfall alle Einkommensbezieher unter dem Sockel, würden auch alle Steueraufkommensbeträge bei der Berechnung der Schlüsselzahlen berücksichtigt. Ein Ausgleich zwischen starken und

schwachen Gemeinden würde damit nicht erfolgen, und der Gemeindeanteil verteilte sich auf die Gemeinden ausschließlich nach der Leistungs-komponente.

Im anderen Extremfall eines zu niedrig gewählten Sockels – alle Einkommen liegen über dem Sockel – würde der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer entsprechend der Zahl der in den Gemeinden steuerlich Belasteten verteilt, und die tatsächlichen steuerlichen Leistungen der Steuerpflichtigen fänden keine Berücksichtigung.

Bei allgemeinen Einkommensveränderungen ergibt sich die Notwendigkeit, die Sockelbeträge anzupassen. In der Vergangenheit waren hier immer Zuwächse zu verzeichnen, so daß nach jeder Sockelanpassung die zu versteuernden Einkommen erneut über die Sockelgrenzen hinauswuchsen. Die Höchstbeträge wurden deshalb verschiedentlich durch Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes heraufgesetzt.

Mit einer Umstellung der Schlüsselzahlen auf eine neue statistische Basis ist dann auch regelmäßig die Frage zu stellen, ob die alten Sockelbeträge beibehalten werden können oder ob eine Anpassung erfolgen muß. Hierzu wird untersucht, wie sich die einzelnen Ansprüche der Gemeinden bei verschiedenen Sockelbeträgen auf ihre Finanzausstattung auswirken. Diese sogenannten Modellrechnungen werden von den Statistischen Landesämtern auf der Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken durchgeführt. Am Beispiel des kassenmäßigen Gemeindeanteils an der Einkommensteuer eines möglichst zeitnahen Bezugsjahres sind die Einnahmen der Gemeinden auf der Basis der nach der „alten“ Statistik berechneten Schlüsselzahlen (gesetzlich festgelegter Sockelbetrag) mit den Einnahmen aufgrund der neuen Schlüsselzahlen (variierende Sockelbeträge) zu vergleichen. Dabei werden die Gemeinden nach ihrer Einwohnerzahl und Steuerkraft unterschieden.

Für die Modellrechnungen zur Umstellung auf die neuen Schlüsselzahlen ab 1985 waren die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken 1980 heranzuziehen. Maßgebend für den kassenmäßigen Gemeindeanteil sowie für die Klassifizierung der Gemeinden nach ihrer Steuerkraft waren die Ergebnisse der entsprechenden Statistiken des Jahres 1982. Die Einwohnerzahlen beziehen sich auf den Stichtag 30. Juni 1982.

Als steuerschwach wurden die Gemeinden eingruppiert, deren Gemeindesteuer-Ist-Einnahmen 1982 je Einwohner unter 80 % der bundesdurchschnittlichen Einnahmen lagen. Gemeinden mit durchschnittlichen Steuereinnahmen sind solche mit Einnahmen von 80 % bis unter 120 % des Bundesergebnisses. Die übrigen sind steuerstarke Gemeinden. Die Klassifizierung nach der Steuerkraft erfolgt für jede Gemeindegrößenklasse. Unter diesen Vorgaben zählten 1982 49,9 % der schleswig-holsteinischen Gemeinden zu den steuerschwachen, darunter überproportional viele mit weniger als 3 000 Einwohnern. Aber auch Kiel und Lübeck zählten zu den steuerschwachen Gemeinden.

Die Ergebnisse der Modellrechnungen zeigen, daß sich eine Anhebung der bisher gültigen Sockelbeträge (25 000/50 000 DM) positiv auf die Einnahmen der steuerstarken und der Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft auswirken würde. Dagegen hätten die steuerschwachen Gemeinden Einbußen hinzunehmen. Diesem Resultat liegt ein starker Zusammenhang zwischen der Steuerkraft der Gemeinden und ihrer Möglichkeit zugrunde, durch Anhebung der

**Schleswig-holsteinische Gemeinden
nach Gemeindegrößenklassen und Steuerkraftgruppen 1982**

Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner (30. 6. 1982)	Steuerschwache Gemeinden	Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft	Steuerstarke Gemeinden	Zusammen
Unter 3 000	535	385	78	998
3 000 — 5 000	12	20	7	39
5 000 — 10 000	6	36	3	45
10 000 — 20 000	6	19	4	29
20 000 — 50 000	2	10	1	13
50 000 — 100 000	—	3	—	3
200 000 und mehr	2	—	—	2
Insgesamt	563	473	93	1 129

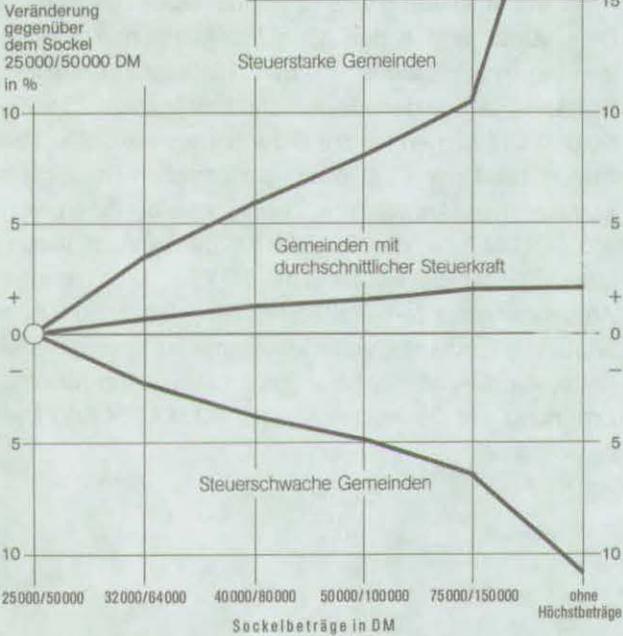
Sockelbeträge höhere Ansprüche auf den Gemeindeanteil erzielen zu können. Je günstiger die Einkommensstruktur der Steuerpflichtigen einer Gemeinde ist, desto größer ist die Steuerkraft der Gemeinde und desto größer wird auch der Zuwachs der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil bei Anhebung der Sockelbeträge sein (Sockeleffekt).

Die Ergebnisse für Gemeindegrößenklassen hängen im Grunde dann nur noch davon ab, wie sich steuerstarke, steuerschwache und Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft auf die Größenklassen verteilen. Die Klasse mit 200 000 und mehr Einwohnern ist ausschließlich, die Klasse der Gemeinden bis 3 000 Einwohnern überwiegend mit steuerschwachen Gemeinden besetzt, so daß die Gemeinden beider Größenklassen durch erhöhte Sockelbeträge Einnahmeverluste haben.

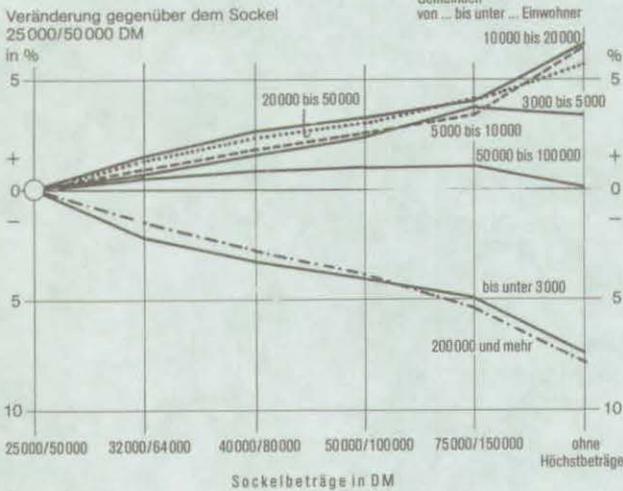
Der Vergleich der Pro-Kopf-Einnahmen nach den neuen Schlüsselzahlen mit denen nach den alten Schlüsselzahlen zeigt, daß steuerschwache Gemeinden bestimmter Größenklassen dennoch höhere Einnahmen verzeichnen können. Bei Höchstbeträgen von 32 000/64 000 DM sind dies die steuerschwachen Gemeinden der Größenklassen bis 5 000 Einwohner. Andererseits haben die steuerstarken Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern und die Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft in der Größenklasse 20 000 bis 50 000 Einwohner geringere Pro-Kopf-Einnahmen. Würden noch höhere Sockelbeträge als 32 000/64 000 DM gewählt, würde die Verteilung des Gemeindeanteils stark zugunsten der steuerstarken und zu Ungunsten der steuerschwachen Gemeinden

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer aufgrund der Schlüsselzahlen 1985 bei alternativen Sockelbeträgen

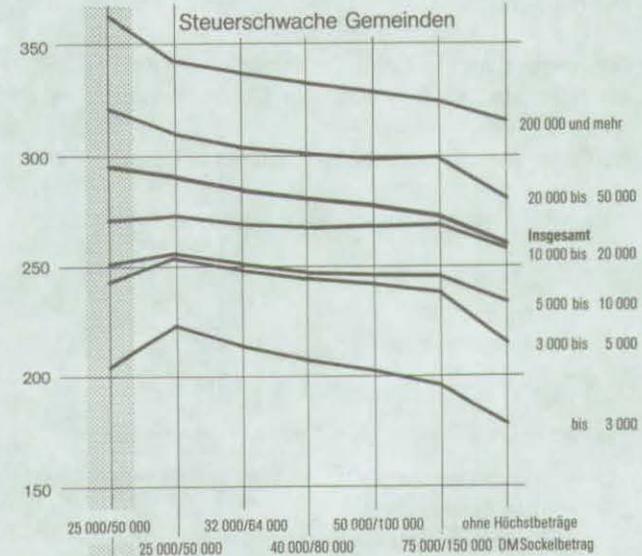
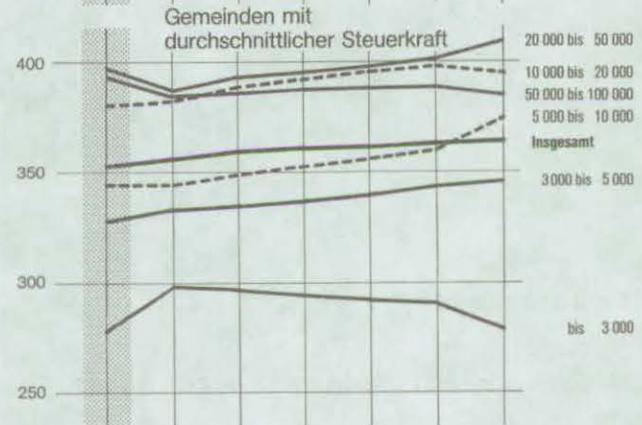
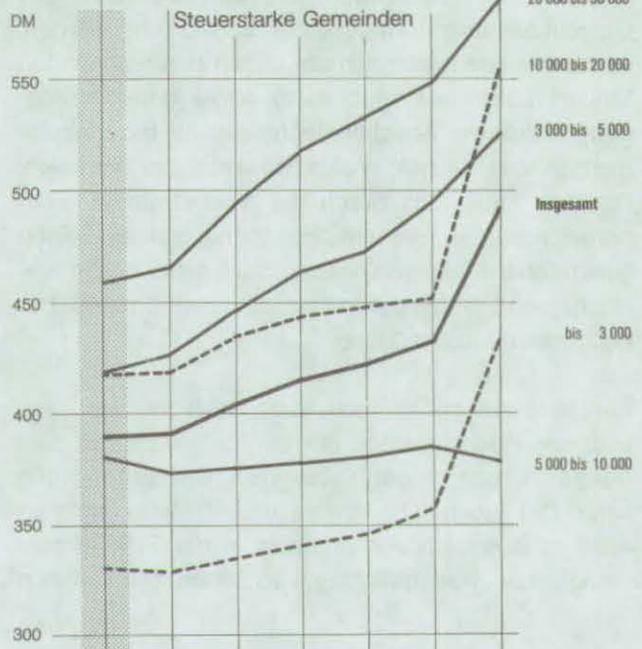
nach der Steuerkraftgruppe



nach der Einwohnergrößenklasse



Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 1982 je Einwohner bei alternativen Sockelbeträgen



Basis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1977

Basis: Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1980

ausfallen. Es ist darauf hinzuweisen, daß die hier ausgewiesenen Pro-Kopf-Einnahmen auf den Ist-Einnahmen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer 1982 basieren.

Die Ergebnisse der Modellrechnungen, aus denen hier nur ein kleiner Ausschnitt dargestellt wurde, sind nun allerdings nicht dazu geeignet, Hinweise auf eine „optimale“ Verteilung des Gemeindeanteils zu geben.

Das Gemeindefinanzreformgesetz enthält allerdings auch keine Vorgaben für eine optimale Verteilung. Die Entscheidung für bestimmte Sockelbeträge kann deshalb „nur“ berücksichtigen, daß die Ziele des Gemeindefinanzreformgesetzes verwirklicht werden, den Gemeindeanteil nach der örtlich zuzurechnenden Steuer (Leistungskomponente) sowie unter Anwendung wirksamer Abschneidegrenzen für die Einkommensspitzen (Ausgleichskomponente) zu verteilen. Für den Anteil des durch die Sockelbeträge nicht berücksichtigten Steueraufkommens gibt es keinen gesetzlichen Maßstab. Die Entscheidung für bestimmte Höchstbeträge beruht daher auf dem Prozeß der politischen Willensbildung.

Abschließend soll jedoch klargestellt werden, daß über die Höchstbeträge nur ein kleiner Beitrag zum Ausgleich mangelnder Steuerkraft geleistet werden kann. Der eigentliche Ansatz dieses Instruments ist eher im Ausgleich von Mängeln in der Einkommenstruktur der Steuerpflichtigen zu sehen. Die Grafiken

zeigen deutlich, daß die Niveauunterschiede zwischen den einzelnen Gemeindetypen im wesentlichen auch bestehen bleiben. Gleiche Einnahmen aus dem Gemeindeanteil je Steuerpflichtigen für alle Gemeinden könnten nur dann erzielt werden, wenn die Sockelbeträge so niedrig gewählt sind, daß alle Steuerbelasteten ein zu versteuerndes Einkommen mindestens in der Höhe der Sockelbeträge haben. Dies würde jedoch den Aspekt der örtlichen Steuerleistung noch stärker in den Hintergrund stellen. Bei Beibehaltung der alten Höchstbeträge von 25 000/50 000 DM kämen für die Berechnung der Schlüsselzahlen 1985 nur 62,5 % des statistischen Steueraufkommens in Anrechnung, bei Sockelbeträgen von 32 000 DM und 64 000 DM für gemeinsam veranlagte Ehegatten wären dies 70,2 %. Die niedrige Anrechnungsquote bei alten Höchstbeträgen, die sich ungünstig für die steuerstarken Gemeinden ausgewirkt hätte, kann ein Aspekt bei der Entscheidung für eine Erhöhung der Sockelbeträge auf 32 000/64 000 DM gewesen sein.

Gerhard Winck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1–5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

- p = vorläufige Zahl
- r = berichtigte Zahl
- s = geschätzte Zahl
- D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- × = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Inhalt der bisher erschienenen Hefte
des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Produzierendes Gewerbe	
Investitionen 1982	1/16
Handel und Gastgewerbe	
Außenhandel	2/22
Preise	
Preisindizes der Lebenshaltung seit 1970	1/2
Umweltschutz	
Öffentliche Abfallbeseitigung 1982	2/30

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

37. Jahrgang Heft 3 März 1985

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983/84			1984/85				
		Monats-durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT											
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 620	2 618	2 618	2 617	2 616	2 614	2 614	
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 201	1 237	844	1 471	546	1 119	990	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,5	5,7	3,9	6,6	2,5	5,0	4,6	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 040	1 956	1 821	1 947	1 773	1 898	1 793	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	9,3	9,0	8,5	8,8	8,0	8,5	8,3	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 633	2 585	2 568	2 926	2 570	2 599	2 632	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,1	11,9	11,9	13,2	11,6	11,7	12,2	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	21	19	30	21	16	22	16	
*	je 1 000 Lebendgeborene	10,3	9,7	16,5	10,8	9,0	11,6	8,9	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 593	- 629	- 747	- 979	- 797	- 701	- 839	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,7	- 2,9	- 3,5	- 4,4	- 3,6	- 3,2	- 3,9	
WANDERUNGEN											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 589	5 436	4 848	4 648	5 193	7 013	4 964	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	5 082	4 937	4 678	4 586	4 853	5 915	4 618	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 507	+ 499	+ 170	+ 62	+ 340	+ 1 098	+ 346	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	9 835	10 095	9 850	9 579	11 064	12 335	10 201	
Wanderungsfälle	Anzahl	20 506	20 468	19 376	18 813	21 110	25 263	19 783	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	139	140	136	128	145	169	140	
ARBEITSLAGE											
*Arbeitslose	1 000	91	107	108	115	123	105	111	119	132	
darunter *Männer	1 000	54	62	61	68	74	60	64	70	81	
Kurzarbeiter	1 000	15,4	17,1	14,5	21,7	24,9	9,8	13,0	17,1	24,3	
darunter Männer	1 000	12,2	14,2	12,3	18,3	21,8	8,2	11,0	14,6	21,6	
Offene Stellen	1 000	3,7	2,5	1,7	1,8	2,1	2,1	1,9	1,9	2,2	
LANDWIRTSCHAFT											
 Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 565 ^a	1 616 ^a	.	1 616	.	.	.	p 1 627	.	
darunter *Milchkühe	1 000	541 ^a	574 ^a	.	574	.	.	.	p 544	.	
(ohne Ammen- und Mutterkühe)											
*Schweine	1 000	1 740 ^a	1 733 ^a	.	1 733	.	.	.	p 1 768	.	
darunter *Zuchtsauen	1 000	190 ^a	190 ^a	.	190	.	.	.	p 191	.	
darunter *trächtig	1 000	131 ^a	128 ^a	.	128	.	.	.	p 130	.	
 Schlachtungen											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	37	38	51	38	36	80	59	41	45	
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	236	238	257	243	238	263	258	229	252	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	4 ^b	4 ^c	8	7	7	4	7	6	5	
 Schlachtmengen											
*SCHLACHTMENGEN ⁶⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ⁵⁾	1 000 t	29,4	29,8	34,1	29,6	28,7	44,7	36,1	29,4	32,8	
(ohne Geflügel)											
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,4	10,5	13,4	10,2	9,7	23,3	15,3	11,0	12,2	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	18,8	19,0	20,4	19,1	18,8	21,1	20,5	18,2	20,3	
 Durchschnittliches Schlachtgewicht											
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für 5)											
Rinder (ohne Kälber)	kg	283	284	275	275	276	297	271	274	275	
Kälber	kg	102	106	111	107	102	109	113	109	110	
Schweine	kg	81	81	82	81	81	81	82	81	82	
 Geflügel											
Eingelegte Bruteier ⁷⁾	1 000	125	164	166	166	98	72	141	91	186	
*für Legehennenküken	1 000	1 156	1 033	803	1 108	1 055	859	-	-	-	
*für Masthühnerküken											
*Geflügelfleisch ⁸⁾	1 000 kg	902	817	728	739	869	979	922	851	935	
 Milchherzeugung											
*MILCHERZEUGUNG	1 000 t	215	229	196	215	p 230	p 181	p 182	p 202	p 209	
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	97	97	96	97	p 97	p 92	p 93	p 93	p 95	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,5	11,7	12,4	p 13,0	p 10,2	p 10,6	p 11,4	p 12,4	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht.

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene 5) Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslandtiere 6) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien 7) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern 8) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember b) Winterhalbjahr 1982/83 = 5 c) Winterhalbjahr 1983/84 = 6

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983/84			1984/85				
		Monats-durchschnitt			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
PRODUZIERENDES GEWERBE											
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	174	166	165	164	162	169	167	165	164	
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	121	114	114	113	111	116	115	114	113	
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	17 312	16 254	17 036	15 541	16 120	17 827	17 523	14 589	15 796	
*Lohnsumme	Mill. DM	309,8	301,7	395,8	317,0	275,6	313,9	394,8	310,4	292,2	
*Gehaltssumme	Mill. DM	198,5	202,7	274,4	221,1	189,4	198,2	275,1	220,4	197,1	
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 420	1 559	1 561	1 679	1 564	1 683	1 615	1 793	1 520	
aus dem Inland	Mill. DM	1 039	1 071	992	1 136	1 121	1 151	1 138	1 162	986	
aus dem Ausland	Mill. DM	380	488	569	543	443	533	477	631	534	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 802	2 849	3 117	3 225	2 707	3 156	3 157	3 301	2 781	
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 261	2 319	2 516	2 639	2 108	2 565	2 522	2 523	2 192	
*Auslandsumsatz	Mill. DM	541	529	601	585	598	592	635	778	589	
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	22	19	29	3	12	25	21	21	.	
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	35,9	40,2	40,7	39,5	41,0	38,8	38,6	38,9	.	
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³	
*Erd- und Erdöl-gas	Mill. m ³	
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	75	66	72	92	92	79	64	75	.	
*leichtes Heizöl	1 000 t	10	8	10	11	12	8	10	10	.	
*schweres Heizöl	1 000 t	66	57	62	81	80	71	55	65	.	
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	220	222	237	225	230	253	246	230	235	
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	31	25	35	28	25	32	34	31	.	
*Index der industriellen Nettoproduktion (landesspezifische Indizes werden bis auf weiteres nicht mehr berechnet)		
BAUHAUPTGEWERBE⁶⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	48 965	49 160	50 509	49 005	46 953	46 641	45 196	43 579	...	
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	5 352	5 473	6 357	3 616	3 599	6 129	5 220	3 321	...	
darunter für											
*Wohnungsbauten	1 000	2 290	2 346	2 671	1 611	1 685	2 467	2 101	1 329	...	
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 092	1 176	1 352	851	897	1 254	1 074	764	...	
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 835	1 765	2 114	1 056	950	2 246	1 924	1 145	...	
*Lohnsumme	Mill. DM	107,0	112,1	172,9	80,9	70,2	123,4	149,0	76,1	...	
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,8	19,2	29,2	20,7	18,0	18,5	27,7	19,9	...	
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	358,6	376,1	480,5	531,5	194,4	437,7	464,7	515,5	...	
Auftragseingang ⁷⁾	Mill. DM	211,8	247,6	212,8	199,4	121,3	229,0	159,5	129,3	...	
AUSBAUGEWERBE⁸⁾											
Beschäftigte	Anzahl	8 422	7 998	8 316	8 164	7 954	8 613	8 395	8 150	...	
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	983	940	1 039	926	934	1 154	1 066	892	...	
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	19,6	19,1	23,8	20,4	17,7	22,2	24,6	20,3	...	
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,9	56,0	70,0	94,8	32,7	69,0	75,9	114,5	...	
OFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG⁹⁾											
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	972	959	1 548	1 758	2 063	2 007	1 931	2 037	...	
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	808	816	938	988	1 007	876	924	986	...	
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³	
HANDWERK											
HANDWERK (Meßzahlen)¹⁰⁾											
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	101,4	101,3	.	102,8	.	.	.	101,4	.	
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	128,4	134,0	.	156,6	.	.	.	159,6	.	

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1
 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₀ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 7) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 8) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 9) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 10) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983/84			1984/85			
		Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	467	661	645	397	334	490	507	371	...
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	326	483	437	273	214	409	404	302	...
*2 Wohnungen	Anzahl	80	107	104	48	57	49	56	43	...
*Rauminhalt	1 000 m³	523	687	730	571	449	365	426	270	...
*Wohnfläche	1 000 m²	91	120	129	105	84	69	82	51	...
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	117	171	140	111	79	126	111	103	...
*Rauminhalt	1 000 m³	520	599	522	624	309	376	313	497	...
*Nutzfläche	1 000 m²	88	103	86	96	52	67	58	81	...
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 159	1 570	1 736	1 494	1 188	876	1 087	667	...
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	677,7	678,8	676,3	895,0	702,1	1 364,6	963,5	796,3	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	118,6	115,4	139,9	128,4	118,9	136,5	149,2	142,8	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	559,1	563,4	536,5	766,6	583,2	1 228,1	814,3	653,5	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	13,9	12,8	16,5	13,6	18,0	23,3	22,0	18,1	...
*Halbwaren	Mill. DM	61,5	57,4	80,8	55,9	66,2	81,9	68,2	71,6	...
*Fertigwaren	Mill. DM	483,7	493,2	439,2	697,1	499,1	1 122,9	724,0	563,8	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	55,9	64,3	70,8	62,9	75,8	113,0	87,2	89,4	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	427,8	428,8	368,4	634,2	423,2	1 009,9	636,8	474,4	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	290,5	295,1	331,4	308,6	329,6	403,4	356,8	346,1	...
darunter Dänemark	Mill. DM	58,0	57,3	65,1	53,1	66,6	73,2	72,5	60,7	...
Niederlande	Mill. DM	54,4	64,2	75,4	69,4	73,5	96,4	72,0	87,8	...
Frankreich	Mill. DM	56,1	55,2	52,9	60,6	62,2	73,3	66,5	57,4	...
Italien	Mill. DM	29,3	20,9	34,5	35,5	35,6	48,7	52,9	42,4	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	105,3	108,9	114,9	140,6	96,7	r 109,2	r 115,8	135,4	...
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1980 = 100	102,0	r 107,7	r 80,6	89,0	71,0	r 96,3	r 82,6	87,0	...
FREMDEVERKEHR IN BEHERBERGUNGSTÄTTEN MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN										
*Ankünfte	1 000	217	216	117	88	76	212	128	93	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	22	21	14	11	7	19	15	10	...
*Übernachtungen	1 000	1 338	1 307	412	314	293	947	462	361	...
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	40	26	19	13	37	28	21	...
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 143	1 175	1 273	1 081	912
Güterversand	1 000 t	545	603	610	656	618
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	164	138	138	149	138	157	133	149	99
*Güterversand	1 000 t	142	148	161	130	166	132	176	187	104
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 169	9 382	7 553	7 154	8 442	8 694	7 478
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	450	432	49	29	48	60	39
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 163	8 253	6 855	6 375	7 867	8 008	6 893
*Lastkraftwagen	Anzahl	325	400	441	445	337	414	361
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	325	400	441	445	337	414	361
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 449	1 533	1 444	1 353	1 186	1 540	1 252	p 1 393	p 759
*Getötete Personen	Anzahl	40	43	36	41	41	24	32	p 46	p 21
*Verletzte Personen	Anzahl	1 867	1 966	1 872	1 799	1 521	1 921	1 580	p 1 742	p 977

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1982	1983	1983/84			1984/85				
		Monats- durchschnitt ¹⁾			Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
GELD UND KREDIT											
KREDITE UND EINLAGEN²⁾											
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	61 136	65 433	64 397	65 433	65 112	67 645	67 853	68 298	68 029	
darunter											
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	59 217	63 597	62 641	63 597	63 327	65 984	66 119	66 472	66 283	
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 118	9 907	9 495	9 907	9 475	9 832	9 720	9 729	9 729	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	8 878	9 190	9 016	9 190	8 942	9 599	9 493	9 466	9 322	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	239	717	480	717	533	233	228	264	407	
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 513	7 348	7 248	7 348	7 169	6 978	6 842	6 961	6 584	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 675	5 529	5 545	5 529	5 404	5 271	5 211	5 190	5 035	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 838	1 819	1 702	1 819	1 765	1 707	1 632	1 770	1 550	
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	42 587	46 341	45 899	46 341	46 684	49 174	49 556	49 782	49 970	
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	31 809	34 816	34 437	34 816	35 140	36 707	36 957	37 401	37 561	
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 778	11 525	11 461	11 525	11 545	12 467	12 599	12 381	12 410	
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	38 037	40 378	39 853	40 378	40 153	41 412	41 751	42 502	42 437	
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	23 499	24 711	24 957	24 711	24 654	25 979	26 264	26 271	26 211	
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	17 386	18 366	18 679	18 366	18 425	19 641	20 054	19 983	19 987	
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 112	6 345	6 278	6 345	6 229	6 338	6 210	6 288	6 224	
*Spareinlagen	Mill. DM	14 539	15 667	14 896	15 667	15 498	15 433	15 487	16 231	16 225	
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldschreibungen)	Mill. DM	10 599	11 457	11 000	11 457	11 501	11 708	11 741	12 174	...	
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	886	990	802	1 657	1 595	998	855	1 607	...	
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	817	896	752	886	1 764	951	801	863	...	
ZÄHLUNGSSCHWIERIGKEITEN											
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	56	54	52	46	68	64	67	75	62	
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,2	0,3	-	-	-	-	1	-	-	
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	404	337	389	413	318	370	424	494	...	
*Wechselsumme	Mill. DM	3,6	2,4	3,4	3,3	2,3	2,6	3,7	4,5	...	
STEUERN											
		Vierteljahres- durchschnitt			4. Vj. 83			4. Vj. 84			
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART											
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 111,3	2 248,0	-	2 473,3	-	-	-	2 462,5	-	
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 500,5	1 567,9	-	1 771,8	-	-	-	1 870,7	-	
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 084,6	1 161,8	-	1 396,7	-	-	-	1 399,6	-	
*veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,7	237,0	-	216,5	-	-	-	237,6	-	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	17,8	17,9	-	20,6	-	-	-	21,9	-	
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	153,4	151,2	-	137,9	-	-	-	211,7	-	
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	610,9	680,0	-	701,5	-	-	-	591,8	-	
*Umsatzsteuer	Mill. DM	403,4	442,1	-	421,7	-	-	-	293,3	-	
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	207,4	238,0	-	279,8	-	-	-	298,5	-	
*Bundessteuern	Mill. DM	129,4	131,0	-	159,8	-	-	-	160,4	-	
*Zölle	Mill. DM	0,2	0,1	-	0,1	-	-	-	0,0	-	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	117,9	118,5	-	151,8	-	-	-	153,9	-	
*Landessteuern	Mill. DM	137,8	164,2	-	157,3	-	-	-	153,2	-	
*Vermögensteuer	Mill. DM	27,2	30,9	-	33,9	-	-	-	28,8	-	
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	70,6	73,8	-	59,8	-	-	-	57,6	-	
*Biersteuer	Mill. DM	4,8	5,5	-	5,8	-	-	-	5,8	-	
*Gemeindesteuern	Mill. DM	267,0	261,0	-	235,3	-	-	-	263,5	-	
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,2	7,3	-	6,8	-	-	-	7,1	-	
*Grundsteuer B	Mill. DM	55,6	57,3	-	50,9	-	-	-	53,7	-	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	186,4	181,8	-	176,0	-	-	-	194,9	-	
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN											
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 144,6	1 202,7	-	1 349,2	-	-	-	1 308,2	-	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	579,3	601,3	-	685,8	-	-	-	729,0	-	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	412,3	452,2	-	466,5	-	-	-	387,6	-	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	37,2	-	-	-	31,1	-	
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 214,8	1 293,4	-	1 399,7	-	-	-	1 420,0	-	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	710,8	735,3	-	822,9	-	-	-	873,1	-	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	342,7	375,7	-	382,3	-	-	-	362,6	-	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	23,5	18,2	-	37,2	-	-	-	31,1	-	
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	437,2	485,2	-	662,3	-	-	-	702,0	-	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	139,4	145,4	-	101,7	-	-	-	132,6	-	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	217,2	230,6	-	501,3	-	-	-	500,8	-	

Noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

	1982	1983	1983/84			1984/85			
	Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100									
Einfuhrpreise	116,2	115,8	118,5	119,8	121,5	125,5	124,7	125,5	...
Ausfuhrpreise	110,4	112,3	113,4	113,8	114,6	117,5	117,5	117,6	...
Grundstoffpreise ⁶⁾ (1976 = 100)	138,0	137,8	140,1	141,2	142,8	146,7	146,2
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ⁵⁾	114,1	115,8	116,9	117,1	117,8	120,3	120,3	120,4	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	109,8	108,2	110,3	110,7	108,5	r 106,7	p 106,0	p 105,7	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	108,9	111,2	112,5	.	.	.	114,2	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 6)	113,3	113,8	114,9	115,5	116,2	115,4	p 115,2	p 115,3	...
Einzelhandelspreise (1976 = 100)	128,6	131,7	132,7	133,0	133,5	134,7	134,9	135,1	135,8
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	111,9	115,6	116,7	117,0	117,5	119,0	119,2	119,3	120,0
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	111,3	114,3	114,3	114,6	115,3	115,0	115,2	115,3	116,1
Bekleidung, Schuhe	109,8	113,0	114,1	114,2	114,5	116,6	117,0	117,0	117,2
Wohnungsmieten	109,7	115,6	117,2	117,4	118,0	121,5	121,9	122,1	122,5
Energie (ohne Kraftstoffe)	125,6	124,5	127,6	128,0	128,7	132,0	130,9	131,1	133,6
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	110,6	113,7	114,8	114,8	115,0	116,3	116,5	116,5	116,7
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM, ab Januar 1983 neuer Berichtskreis -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	646	671	.	.	649	690
darunter *Facharbeiter	679	697	.	.	673	719
*weibliche Arbeiter	437	454	.	.	453	470
darunter *Hilfsarbeiter	420	435	.	.	432	449
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	15,65	16,34	.	.	16,24	16,78
darunter *Facharbeiter	16,38	17,07	.	.	16,91	17,56
*weibliche Arbeiter	11,08	11,43	.	.	11,51	11,81
darunter *Hilfsarbeiter	10,67	10,97	.	.	11,01	11,32
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	41,2	40,9	.	.	40,0	41,1
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,4	39,6	.	.	39,4	39,8
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 705	3 848	.	.	3 900	4 023
*weiblich	2 533	2 654	.	.	2 696	2 782
Technische Angestellte									
*männlich	3 841	3 995	.	.	4 006	4 172
*weiblich	2 439	2 602	.	.	2 634	2 732
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 184	3 185	.	.	3 246	3 283
*weiblich	2 197	2 125	.	.	2 196	2 249
Technische Angestellte									
männlich	3 166	3 179	.	.	3 166	3 305
weiblich	(2 245)	(1 914)	.	.	(2 179)	(2 233)
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 349	3 392	.	.	3 452	3 517
weiblich	2 294	2 270	.	.	2 332	2 397
Technische Angestellte									
männlich	3 805	3 925	.	.	3 935	4 102
weiblich	2 438	2 520	.	.	2 606	2 693

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
 1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter 3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

Jahreszahlen A
Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾				
	Einwohner (Jahresmittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Oberschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Übrige Dienst- leistungen
1979	2 595	5,0	8,8	12,1	- 9	16	1 103	77	362	222	441
1980	2 605	5,2	9,4	12,0	- 7	19	1 128	73	384	220	451
1981	2 616	5,3	9,4	12,2	- 7	15	1 144	74	385	220	465
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen								Bruttoinlandsprodukt ²⁾				
	Schüler im September in				von 100 Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1976		
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- leren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
1979	229	89	86	3	13	41	33	13	49 567	6,9	44 018	2,7	95
1980	215	87	87	3	12	41	32	15	53 167	7,3	45 344	3,0	96
1981	202	84	86	3	11	40	32	17	55 915	5,2	45 912	1,3	97
1982	190	79	83	2	11	40	32	18	57 841	3,4	45 528	- 0,8	97
1983	179	74	80	2	60 200	3,9	46 000	0,8	97

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁵⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁴⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
insgesamt	darunter Milchkühe ³⁾										
in 1 000											
1979	1 552	511	1 854	3 926	527	3 269	2 393	4 652	2 015	153	687
1980	1 553	520	1 807	4 124	523	3 312	2 459	4 768	2 071	142	720
1981	1 544	525	1 758	(3 382) ⁶⁾	473	2 922	2 446	4 702	2 075	153	889
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890
1983	1 616	574	1 733	3 810	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁷⁾
in 1 000											Beschäftigte am 30. 6. in 1 000	
Bruttosumme in Mill. DM											in Mill. DM	1 000 t SKE ⁸⁾
1979	180	128	226	3 376	1 956	28 576	4 464	231	1 778	444	267	58
1980	183	130	229	3 701	2 166	31 134	5 049	365	1 767	422	282	58
1981	180	126	218	3 728	2 292	33 491	6 314	382	1 476	523	287	55
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	1 273	517	279	50
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50

- 1) 1979 bis 1982: Ergebnisse der 1 %-Mikrozensusserhebungen; 1983: Ergebnisse der 0,5 %-EG-Arbeitskräftestichprobe
2) 1980 bis 1983: vorläufiges Ergebnis
3) ohne Ammen- und Mutterkühe
4) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner
5) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang
6) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten
7) ohne Eigenerzeugung
8) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ
a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31. 10. 1984			Bevölkerungsveränderung im Oktober 1984			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1985 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)						
in %									
FLensburg	86 671	+ 0,1	+ 0,2	- 25	81	56	16	-	19
KIEL	245 823	+ 0,0	- 1,1	- 119	235	116	60	1	78
LOBECK	212 000	- 0,1	- 1,6	- 114	- 86	- 200	54	-	67
NEUMONSTER	78 825	- 0,1	- 0,7	- 27	- 70	- 97	12	-	16
Dithmarschen	130 244	- 0,1	- 0,5	- 39	- 55	- 94	40	-	59
Hzgt. Lauenburg	157 772	+ 0,1	+ 0,1	- 42	167	125	37	-	59
Nordfriesland	162 128	- 0,1	+ 0,1	- 34	- 133	- 167	68	6	91
Ostholstein	195 103	+ 0,0	+ 0,4	- 73	78	5	75	3	93
Pinneberg	259 534	- 0,0	- 0,3	- 53	40	- 13	62	1	70
Plön	118 395	+ 0,4	+ 0,6	- 21	485	464	45	2	68
Rendsburg-Eckernförde	247 720	+ 0,1	+ 0,2	- 10	180	170	93	-	115
Schleswig-Flensburg	182 704	- 0,1	- 0,0	- 34	- 105	- 139	37	3	41
Segeberg	214 931	+ 0,0	+ 0,5	- 1	76	75	70	2	78
Steinburg	127 727	+ 0,1	- 0,2	- 63	138	75	35	1	43
Stormarn	194 796	+ 0,0	+ 0,5	- 46	67	21	55	2	80
Schleswig-Holstein	2 614 373	+ 0,0	- 0,1	- 701	1 098	397	759	21	977

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 1. 1985	
	Betriebe am 31. 1. 1985	Beschäftigte am 31. 1. 1985	Umsatz ⁴⁾ im Januar 1985 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁵⁾
FLensburg	70	8 715	143	34 188	30 569
KIEL	134	23 776	337	95 766	85 940
LOBECK	140	21 525	237	82 735	74 238
NEUMONSTER	71	9 528	98	34 878	30 979
Dithmarschen	74	5 825	291	67 911	54 541
Hzgt. Lauenburg	96	7 986	81	76 447	66 007
Nordfriesland	55	2 948	59	79 977	64 592
Ostholstein	81	5 722	88	87 384	74 836
Pinneberg	187	19 851	300	123 546	107 719
Plön	50	2 607	33	57 484	48 438
Rendsburg-Eckernförde	122	9 977	138	121 333	101 659
Schleswig-Flensburg	89	4 881	116	91 679	74 425
Segeberg	173	14 892	265	114 957	98 987
Steinburg	85	9 946	223	63 308	51 771
Stormarn	147	16 212	370	95 923	84 274
Schleswig-Holstein	1 574	164 391	2 781	1 227 516	1 048 975

1) nach dem Gebietsstand vom 31. 10. 1984 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. 9. 1984			Arbeitsmarkt			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 12. 1984	Kurzarbeiter Monatsmitte Dezember 1984	offene Stellen am 31. 12. 1984	Schweine insgesamt am 3. 8. 1984	Rindvieh am 1. 6. 1984	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 614,0	+ 4,8	- 0,1	118,8	17,1	1,9	1 876,3	1 666,3	537,1
Hamburg	1 596,4	- 11,0	- 1,0	83,9	10,8	2,0	10,3	14,5	3,4
Niedersachsen	7 219,1	+ 1,9	- 0,4	351,4	38,4	7,5	7 497,7	3 496,2	1 174,0
Bremen	667,7	- 7,6	- 1,8	38,9	4,3	1,0	8,6	22,9	4,8
Nordrhein-Westfalen	16 741,6	- 1,0	- 0,8	719,8	62,7	16,0	6 272,4	2 122,3	650,4
Hessen	5 538,6	+ 2,9	- 0,7	168,0	18,8	8,4	1 289,8	897,0	295,7
Rheinland-Pfalz	3 623,4	- 0,6	- 0,3	126,2	15,9	3,7	664,3	650,2	231,8
Baden-Württemberg	9 234,8	+ 3,8	- 0,1	214,8	43,1	17,9	2 269,2	1 861,3	693,4
Bayern	10 955,3	+ 4,5	- 0,1	368,4	39,7	17,1	4 252,5	5 240,0	2 067,8
Saarland	1 051,3	- 6,1	- 0,2	53,3	9,7	0,8	45,9	70,0	25,6
Berlin (West)	1 846,9	- 12,9	- 0,6	81,8	7,8	3,7	3,7	0,7	0,3
Bundesgebiet	61 089,1	+ 0,7	- 0,5	2 325,2	268,4	80,0	24 190,6	16 041,5	5 684,3

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1984	
	Beschäftigte am 30. 11. 1984	Umsatz ²⁾ im November 1984		Beschäftigte am 31. 10. 1984		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		in 1 000	Mill. DM	Auslands- umsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl
Schleswig-Holstein	167	3 157	20	47	18	876	3,4
Hamburg	142	7 398	12	25	16	317	2,0
Niedersachsen	635	13 648	34	127	18	2 663	3,7
Bremen	76	2 407	49	12	17	160	2,4
Nordrhein-Westfalen	1 942	35 280	28	249	15	5 898	3,5
Hessen	608	9 499	30	94	17	2 156	3,9
Rheinland-Pfalz	364	7 090	35	69	19	1 532	4,2
Baden-Württemberg	1 377	21 679	32	192	21	4 913	5,3
Bayern	1 293	19 836	32	256	23	6 175	5,6
Saarland	141	2 234	33	19	18	230	2,2
Berlin (West)	159	4 030	13	35	19	994	5,4
Bundesgebiet	6 904	126 259	30	1 125	18	25 914	4,2

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1984			Straßenverkehrsunfälle ⁵⁾ mit Personenschaden im November 1984				Bestand an Spar- einlagen 6) am 31. 10. 1984 in DM je Einw.	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
	in 1 000							in DM je Einwohner			
Schleswig-Holstein	1 229	1 049	401	1 252	32	1 580	129	5 902	511	449	180
Hamburg	651	584	365	825	14	1 019	125	9 176	789	3 690	389
Niedersachsen	3 444	2 915	403	3 081	124	3 978	133	7 403	500	482	188
Bremen	273	246	366	294	5	353	122	8 425	588	1 276	280
Nordrhein-Westfalen	7 632	6 798	405	7 519	181	9 313	126	8 291	574	910	225
Hessen	2 795	2 419	436	2 546	82	3 175	128	8 835	599	791	247
Rheinland-Pfalz	1 886	1 582	436	1 608	61	2 111	135	8 316	531	581	212
Baden-Württemberg	4 681	3 964	429	3 970	108	5 127	132	9 006	629	909	230
Bayern	5 591	4 550	415	4 942	209	6 516	136	9 216	597	683	224
Saarland	503	448	426	472	18	578	126	7 904	505	519	162
Berlin (West)	697	613	331	819	13	1 020	126	7 741	475	1 750	162
Bundesgebiet	29 483 ^{a)}	25 218 ^{a)}	412	27 328	847	34 770	130	8 410	576	850	222

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost und Bundesbahn

4) einschließlich Kombinationskraftwagen 5) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 6) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn



